

Uwe Hikschr

# **EU-Afrika-Politik:** **die europäischen Interessen** **stehen im Mittelpunkt**

# **Inhalt**

<b>1. Die EU-Afrika-Gipfel</b>	<b>3</b>
<b>2. Interessengegensätze zwischen der EU und Afrika</b>	<b>6</b>
<b>3. Die Geopolitik der EU in Afrika</b>	<b>11</b>
<b>4. Rohstoffe in Afrika</b>	<b>13</b>
<b>5. Freihandelsabkommen verhindern - gerechte Weltwirtschaft durchsetzen</b>	<b>18</b>
<b>6. Reformpartnerschaften</b>	<b>25</b>
<b>7. Migrationspolitik der EU gegen die Interessen der Staaten Afrikas</b>	<b>28</b>
<b>8. Klimawandel verhindern - Klimaflucht als Asylgrund anerkennen</b>	<b>31</b>
<b>9. Landgrabbing bekämpfen - Kleinbäuer_innen schützen</b>	<b>35</b>
<b>10. Was folgt aus dem EU-Afrika-Gipfel?</b>	<b>39</b>
<b>11. Was tun die NaturFreunde?</b>	<b>40</b>
<b>12. Impressum</b>	<b>41</b>

## Einführung

Am 29./30. November 2017 fand in Abidjan, Côte d'Ivoire, das 5. Treffen der Afrikanischen Union (AU) mit der Europäischen Union (EU) statt. Für die EU war eines der vorrangigen Ziele, den Einfluss der europäischen Staaten auf die Migrationspolitik der Staaten Afrikas zu sichern und zu erweitern. Zum anderen ging es darum, den imperialen Einfluss der Staaten der EU in Afrika weiter auszubauen und Konkurrenten zumindest teilweise einzuhegen. Seit vielen Jahren steht Afrika im Fokus der Geopolitik. So versuchen die USA, die EU, Russland und China, aber auch die Türkei, arabische Staaten und südostasiatische Staaten wie Indonesien ihren Einfluss in Afrika zu vergrößern. Zu den Kernforderungen der EU und der deutschen Afrikapolitik zum EU-Afrika-Gipfel äußerte sich der Afrika-Beauftragte der Bundesregierung, Günter Nooke: „Die Kernthemen sind Investitionen, Migration und Frieden“<sup>1</sup>. Dabei verstehen die EU-Teilnehmenden unter „Investitionen“ vor allem bessere Rahmenbedingungen für private Investitionen der transnationalen Konzerne der EU in Afrika, unter „Migration“ den Ausbau der Festung Europa und Flüchtlingsabwehr sowie unter „Frieden“ die Sicherung des geopolitischen Einflusses der Staaten der EU auf Afrika.<sup>2</sup>

Folglich spielten beim EU-Afrika-Gipfel 2017 vor allem Fragen der Migration, des Freihandels und der geopolitischen Entwicklungen in Afrika eine wichtige Rolle. Die EU-Delegationen versuchten bereits im Vorfeld des Gipfels, die strategischen Forderungen der EU-Staaten klarzumachen und innerhalb der afrikanischen Delegationen dafür zu werben, sich diesen Positionen weitestgehend anzuschließen. Dies ist in der Abschlusserklärung des Gipfels<sup>3</sup> auch weitgehend gelungen.

Es zeigte sich jedoch, dass „die Stimmung auf dem Gipfel deutlich schlechter [war] als erwartet und viele Vertreter auf der afrikanischen Seite selbstbewusster auftraten, als in den vergangenen Jahren“<sup>4</sup>. Schon der EU-Afrika-Gipfel im Europäischen Parlament, der im Vorfeld des EU-Afrika-Gipfels in Abidjan stattgefunden hatte, „geriet nahezu zum Eklat, als der malische Außenminister den NATO-Krieg gegen Libyen als Ursache des aktuellen Chaos in Libyen scharf kritisierte“<sup>5</sup>. In eine ähnliche Richtung gingen die Forderungen bei einer Pressekonferenz des ghanaischen Präsidenten Nana Akufo-Addo anlässlich des Besuchs des französischen Präsidenten Emmanuel Macron in Accra. Dort führte Nana Akufo-Addo aus: „Es sei einfach falsch für ein Land wie Ghana, 60 Jahre nach seiner Unabhängigkeit, finanzielle Mittel für die Gesundheit oder Bildung von der Großzügigkeit der

---

<sup>1</sup> Informationsstelle Militarisierung, EU-Afrika-Gipfel, in: IMI-Aktuell 2017/710, 30.11.2017, siehe:

[www.imi-online.de/2017/11/30/eu-afrika-gipfel/](http://www.imi-online.de/2017/11/30/eu-afrika-gipfel/) (Stand: 04.01.2018, alle folgenden Links haben den gleichen Stand)

<sup>2</sup> Zitate aus: Abschlusserklärung EU-Afrika-Gipfel, Investing in Youth for Accelerated Inclusive Growth and Sustainable Development, AU-EU/Decl.1(V), 29./30.11.2017, S.11, siehe: [www.consilium.europa.eu/media/31991/33454-pr-final\\_declaration\\_au\\_eu\\_summit.pdf](http://www.consilium.europa.eu/media/31991/33454-pr-final_declaration_au_eu_summit.pdf)

<sup>3</sup> Ebd.

<sup>4</sup> Informationsstelle Militarisierung, EU-Afrika-Gipfel, ebd.

<sup>5</sup> Ebd.

europäischen Steuerzahler abhängig zu machen“<sup>6</sup> und forderte, dass man „mit dem Denken in Abhängigkeiten brechen“<sup>7</sup> müsse. Präsident Akufo-Addo steht „in der Tradition von Kwame Nkrumah“<sup>8</sup>, der Ghana „als eines der ersten afrikanischen Länder unter dem Slogan ‚Independence Now!‘ in die Unabhängigkeit geführt“<sup>9</sup> hatte. Akufo-Addo knüpft ganz bewusst an diese Tradition an und fordert 60 Jahre nach der Unabhängigkeit Ghanas: „Ghana Beyond Aid. Weg von der Entwicklungshilfe hin zu der Eigenverantwortung der afrikanischen Staaten.“<sup>10</sup>

Die Aussagen von Nana Akufo-Addo zeigen, dass sich die geostrategischen Einflüsse in Afrika in den letzten Jahren deutlich verändert haben. Während die Regierungen der Hauptstaaten der EU, zum Beispiel Frankreich und Deutschland, Afrika noch immer aus ihrer postkolonialen Brille sehen und die afrikanischen Staaten als Teil der europäischen Einflussosphäre betrachten, haben sich viele afrikanische Regierungen in den letzten Jahren aus dieser Bevormundung zum Teil befreit. Die Regierungen der Staaten der EU müssen zunehmend feststellen, dass sie in Afrika ihre seit der Kolonialzeit vorhandene Vorherrschaft zum Teil einbüßen könnten. Ein Grund ist, dass „Staaten wie China den Europäern in Afrika längst Konkurrenz [machen]- die Volksrepublik hat in Dschibuti sogar eine erste Militärbasis eröffnet.“<sup>11</sup> Zwischenzeitlich ist „China [...] seit Jahren der größte Investor und Handelspartner Afrikas“<sup>12</sup>.

---

<sup>6</sup> Oliver Philipp, Jetzt rede ich, in: IPG – Internationale Politik und Gesellschaft, 22.12.2017, siehe: [www.ipg-journal.de/aus-dem-netz/artikel/jetzt-rede-ich-2507/](http://www.ipg-journal.de/aus-dem-netz/artikel/jetzt-rede-ich-2507/)

<sup>7</sup> Ebd.

<sup>8</sup> Ama Lorenz, Ghanas Präsident überrascht Macron mit deutlicher Absage an die Entwicklungshilfe, in: EURACTIV, 04.12.2017, siehe: [www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/ghanas-praesident-akufo-addo-ueberrascht-macron-mit-deutlicher-absage-an-die-entwicklungshilfe/](http://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/ghanas-praesident-akufo-addo-ueberrascht-macron-mit-deutlicher-absage-an-die-entwicklungshilfe/)

<sup>9</sup> Ebd.

<sup>10</sup> Ebd.

<sup>11</sup> EURACTIV mit AFP, EU-Afrika-Gipfel: Merkel und Macron gemeinsam für Migrationsabkommen mit Afrika, in: EURACTIV, 28.11.2017, siehe: [www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/eu-afrika-gipfel-merkel-und-macron-gemeinsam-fuer-migrationsabkommen-mit-afrika/](http://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/eu-afrika-gipfel-merkel-und-macron-gemeinsam-fuer-migrationsabkommen-mit-afrika/)

<sup>12</sup> Felix Lee, Chinas neuer Kontinent, in: zeit.online, 28.06.2017, siehe: [www.zeit.de/wirtschaft/2017-06/china-handel-investition-entwicklungshilfe](http://www.zeit.de/wirtschaft/2017-06/china-handel-investition-entwicklungshilfe)

# 1. Die EU-Afrika-Gipfel

In der Regel soll ein EU-Afrika-Gipfel alle drei Jahre stattfinden. Aufgrund von zum Teil sehr großen inhaltlichen Differenzen ist dieser geplante Rhythmus jedoch nicht eingehalten worden. Der erste Gipfel wurde im Jahr 2000 in Kairo abgehalten, der zweite 2007 in Lissabon, danach 2010 in Tripoli und 2014 in Brüssel. Bei diesen Gipfeln sind „die Spitzen der EU und der Afrikanischen Union (AU) [...] und idealerweise die Staats- und Regierungschefs der 28 EU- und der 55 AU-Mitgliedsländer“<sup>13</sup> anwesend. Am EU-Afrika-Gipfel 2017 nahmen über 5.300 Teilnehmer\_innen, darunter 83 Staats- und Regierungschefs teil. Weiter waren Delegationen von verschiedenen Partnerländern, der Kommission der Afrikanischen Union, der EU-Kommission, internationaler Organisationen aber auch regionalen Organisationen anwesend.<sup>14</sup>

Die EU arbeitet mit afrikanischen Ländern aufgrund unterschiedlichster Abkommen und in verschiedenen Rahmen zusammen. Dazu gehören zum Beispiel das Cotonou-Abkommen<sup>15</sup>, die Gemeinsame Strategie Afrika-EU<sup>16</sup> und die regionalen Strategien für „das Horn von Afrika“<sup>17</sup>, „den Golf von Guinea“<sup>18</sup> und „die Sahelzone“<sup>19</sup>. Darüber hinaus werden von der EU sogenannte „förmliche Dialoge“ auf mehreren Ebenen durchgeführt, beispielsweise auch Treffen auf Ministerebene und Treffen zwischen der AU- und der EU-Kommission<sup>20</sup>.

Schwerpunkte des EU-Afrika-Gipfels 2017 waren die Punkte „Frieden und Sicherheit“, „Staatsführung einschließlich Demokratie, Menschenrechte, Migration und Mobilität“, „Investitionen und Handel“, „Kompetenzentwicklung“ und die „Schaffung von Arbeitsplätzen“.<sup>21</sup> Auch wurden die nächsten Schritte im Hinblick auf den Aktionsplan 2014-2017 diskutiert, der beim letzten Gipfeltreffen in Brüssel verabschiedet worden war.

Die EU-Kommission malt die Beziehungen zwischen Afrika und der EU in positiven Zahlen:

---

<sup>13</sup> Jörg Kronauer, Rotlicht: EU-Afrika-Gipfel, in: Junge Welt, 29.11.2017, siehe:

[www.jungewelt.de/artikel/322664.rotlicht-eu-afrika-gipfel.html](http://www.jungewelt.de/artikel/322664.rotlicht-eu-afrika-gipfel.html)

<sup>14</sup> Siehe offizielle Internetseite zum EU-Afrika-Gipfel: [www.sommetuaue2017.ci/en/the-summit/](http://www.sommetuaue2017.ci/en/the-summit/)

<sup>15</sup> Siehe: Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union, Das Abkommen von Cotonou, 26.01.2018, siehe: [www.consilium.europa.eu/de/policies/cotonou-agreement/](http://www.consilium.europa.eu/de/policies/cotonou-agreement/)

<sup>16</sup> Vgl.: THE AFRICA-EU STRATEGIC PARTNERSHIP, A Joint Africa-EU Strategy, ohne Datum, in: Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union, siehe: [www.africa-eu-partnership.org/sites/default/files/documents/eas2007\\_joint\\_strategy\\_en.pdf](http://www.africa-eu-partnership.org/sites/default/files/documents/eas2007_joint_strategy_en.pdf)

<sup>17</sup> Vgl.: Council of the European Union, Council conclusions on the Horn of Africa, 3124th FOREIGN AFFAIRS Council meeting Brussels, 14 November 2011, in: Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union, siehe:

[www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/foraff/126052.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/126052.pdf)

<sup>18</sup> Siehe: Council of the European Union, EU Strategy on the Gulf of Guinea, FOREIGN AFFAIRS Council meeting Brussels, 17 March 2014, in: Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union, siehe:

[www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/EN/foraff/141582.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/EN/foraff/141582.pdf)

<sup>19</sup> Vgl.: Council of the European Union, Council conclusions on the Sahel Regional Action Plan 2015-2020, Nr. 7823/15, 20.04.2015, in: Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union, siehe: [www.consilium.europa.eu/media/21522/st07823-en15.pdf](http://www.consilium.europa.eu/media/21522/st07823-en15.pdf)

<sup>20</sup> Siehe: Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union, Das Abkommen von Cotonou, ebd.

<sup>21</sup> Ebd.

„Die EU und ihre Mitgliedstaaten leisten den größten Beitrag zur Förderung der Entwicklung, der Stabilität und des Friedens in Afrika:

- *21 Mrd. € an Entwicklungshilfe wurden 2016 von der EU und ihren Mitgliedstaaten, die damit die größten Geber in Afrika sind, für den Kontinent bereitgestellt.*
- *32 Mrd. € wurden 2015 in Afrika von EU-Unternehmen investiert, die für etwa ein Drittel der ausländischen Direktinvestitionen in Afrika stehen.*
- *3,35 Mrd. € wurden dem Europäischen Fonds für nachhaltige Entwicklung zugewiesen, wodurch bis zu 44 Mrd. Euro an Investitionen mobilisiert werden dürften.*
- *7 zivile und militärische Missionen werden in ganz Afrika durchgeführt.*
- *1,4 Mrd. € werden von 2014 bis 2020 für Bildungsprogramme in Afrika bereitgestellt.<sup>22</sup>*

Unter dem Titel „Partner im Handel und Investitionen zu Arbeitsplätzen“ werden von der EU-Kommission vor allem Ergebnisse hervorgehoben, die auf den ersten Blick positiv erscheinen. So schreibt die EU-Kommission in ihrem Argumentationspapier „THE EU’S KEY PARTNERSHIP WITH AFRICA“:

*„Mit ihrem neuen Investitionsplan für Drittländer wird die EU dazu beitragen, private Investitionen für eine nachhaltige Entwicklung in Afrika von bis zu 44 Mrd. EUR anzuziehen.*

*2015 investierten europäische Unternehmen 31 Milliarden Euro in afrikanische Volkswirtschaften, und der Gesamtbestand an ausländischen Direktinvestitionen aus der EU in Afrika belief sich auf 294 Milliarden Euro.*

*32,7% der gesamten afrikanischen Importe und 41,1% der afrikanischen Exporte; 35,9% des afrikanischen Handels (Import und Export) findet mit der EU statt.*

*Die Europäische Investitionsbank hat mehr als 20 Mrd. EUR in mehr als 330 öffentliche und private Projekte in Afrika investiert.*

*Die EU ist Afrikas größter Partner für nachhaltige Energie mit 2,7 Mrd. EUR für Subsahara-Afrika (2014-2020). Und das zahlt sich aus: 18,2 Millionen Menschen haben dank EU-Unterstützung Zugang zu Energie erhalten.*

*Die EU und ihre Mitgliedstaaten leisten die größten Beiträge zur Klimafinanzierung für Entwicklungsländer, allein im Jahr 2016 wurden 20,2 Mrd. EUR bereitgestellt. Ein großer Teil davon kam afrikanischen Partnern zugute.<sup>23</sup>*

---

<sup>22</sup> Europäischer Rat/Rat der Europäischen Union, 5. Gipfeltreffen Afrikanische Union - EU, 29./30.11.2017, siehe: [www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2017/11/29-30/](http://www.consilium.europa.eu/de/meetings/international-summit/2017/11/29-30/)

<sup>23</sup> Europäische Kommission, THE EU’S KEY: PARTNERSHIP WITH AFRICA, in: European Council/Council of the European Union, ohne Datum, siehe: [www.consilium.europa.eu/media/31793/au-eu-summit\\_factsheet-v27nov.pdf](http://www.consilium.europa.eu/media/31793/au-eu-summit_factsheet-v27nov.pdf)

Die Regierungen der EU-Staaten hatten sich beim Gipfel 2017 das Ziel gesetzt, im Rahmen der EU-Afrika-Strategie die Handelsbeziehungen zwischen den Staaten der EU einseitig zugunsten der Wirtschaftsbedingungen der EU zu verbessern. Dies soll mittels weiterer Freihandelsabkommen mit den Staaten Afrikas erreicht werden, auf deren Grundlage der Export von Waren aus der EU zusätzlich erleichtert werden soll. Durch eine solche Politik, wird den Staaten Afrikas weitere Chancen zur Entwicklung ihrer eigenen Ökonomie genommen.

Die NaturFreunde kritisieren diese falsche Ausrichtung der Afrikapolitik der Bundesregierung und der EU seit vielen Jahren und setzen sich für eine grundlegend neue Afrikapolitik ein. Die NaturFreunde Deutschlands fordern eine sozialökologische Transformation als ein zentrales Politikelement ein. Dies muss auch Grundlage für eine solidarische Afrikapolitik werden. Nicht die Interessen der ökonomisch starken Staaten der EU dürfen im Mittelpunkt einer nachhaltigen Afrika-Strategie stehen, sondern die Bedürfnisse und Anforderungen der ökonomisch schwächeren Staaten Afrikas. Die Ergebnisse des EU-Afrika-Gipfels zeigen jedoch, dass sich auch bei diesem Gipfel vor allem die ökonomischen und geopolitischen Interessen der Hauptstaaten der EU durchgesetzt haben.

Auf dem Bundeskongress der NaturFreunde Deutschlands wurde dazu beschlossen:

*„Die sozialökologische Transformation ist die Antwort auf die Herausforderungen einer ‚ungleichen, überbevölkerten, verschmutzten und krisenanfälligen Welt‘ (Brundtland-Bericht). Ihr zentrales Ziel ist die Verwirklichung von mehr Gerechtigkeit zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden, innerhalb der heutigen und zwischen den heutigen und künftigen Generationen.“<sup>24</sup>*

---

<sup>24</sup> NaturFreunde Deutschlands, Ein neuer Gesellschaftsvertrag: Manifest für eine soziale und ökologische Transformation, in: BE-SCHLÜSSE 30. Bundeskongress der NaturFreunde Deutschlands 31. März bis 2. April 2017 Nürnberg, S. 6.

## 2. Interessengegensätze zwischen der EU und Afrika

Zwischen der EU und den Staaten Afrikas gibt es zum Teil unüberbrückbare Interessengegensätze. Während die Staaten der EU vor allem auf Flüchtlingsabwehr, Rücknahmeabkommen für Geflüchtete und die Schaffung von Flüchtlingszentren in den Staaten Afrikas setzen, fordern die Staaten des globalen Südens eine an humanitären Grundsätzen ausgerichtete Migrationspolitik. Die Staaten des globalen Nordens fordern eine Öffnung der Märkte für ihre Produkte, während sich die Regierungen der Staaten des globalen Südens für einen Schutz der eigenen Märkte als Grundvoraussetzung für eine regionale Entwicklung einsetzen.

Immer mehr afrikanische Regierungen und Nichtregierungsorganisationen wehren sich gegen die ungerechte Politik der Staaten des globalen Nordens. Sie fordern gerechtere Zugänge für ihre Waren zu den Märkten der Staaten des globalen Nordens, ein Ende der unmenschlichen und restriktiven Flüchtlingspolitik und ein gleichberechtigteres Verhältnis zwischen den Staaten.

Aber auch in der EU werden die Forderungen nach einer veränderten Afrikapolitik der EU und ihrer Mitgliedsstaaten lauter. Beispielsweise erweist sich die zunehmende Exportorientierung der deutschen Lebensmittel- und Agrarwirtschaft als problematisch. So verdrängen subventionierte Billigfleischexporte aus Deutschland und der EU die heimischen Produkte in Afrika und gefährden dort die Existenzgrundlage vieler kleinbäuerlicher Familien. Deshalb wird von der agrarkonzern-kritischen Plattform „Wir haben es satt!“ eine kohärente Lebensmittelpolitik statt einer von Handels-, Sozial- und Umweltpolitik entkoppelten Agrarpolitik gefordert: „Die Grundidee: Sozial gerechte, ökologisch nachhaltige und kulturell angepasste Lebensmittelproduktion für die Bevölkerung vor Ort muss Vorrang haben vor Exportorientierung.“<sup>25</sup>

Die Ausgangssituation für die Staaten Afrikas ist sehr unterschiedlich. „Bitterarme Länder, in denen die Bevölkerung Hunger leidet, sind ebenso vertreten wie die Industrienation Südafrika, das ölfreiche Nigeria und die arabischen Staaten Nordafrikas. Auf europäischer Seite verbinden vor allem Großbritannien und Frankreich handfeste Wirtschaftsinteressen mit Afrika, die Osteuropäer hingegen schauen auf den Kontinent erst, seit sich die EU mit einer wachsenden Zahl von Migranten aus Afrika konfrontiert sieht.“<sup>26</sup>

Die Machtverhältnisse zwischen den Staaten des globalen Nordens und denen des globalen Südens ermöglichen für einen größeren Teil der Gesellschaft vor allen in den Staaten des globalen Nordens eine „imperiale Lebensweise“<sup>27</sup>. Diese auf Ausbeutung aufbauende Lebensweise hat „fossilistische

---

<sup>25</sup> Carla Weinzierl, Agrarpolitik. Wie die EU kleinbäuerliche Landwirtschaft inner- und außerhalb Europa zerstört, S. 35, in: Attac (Hrsg.): Entzauberte Union. Warum die EU nicht zu retten und ein Austritt keine Lösung ist. mandelbaum kritik & utopie S. 32-37.

<sup>26</sup> Ulrike Scheffer, Diesseits von Afrika, in: Der Tagesspiegel, 28.11.2017, siehe:

[www.tagesspiegel.de/politik/gipfel-mit-der-eu-in-abidjan-sucht-auch-neue-migrationswege-diesseits-von-afrika/20643096.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/gipfel-mit-der-eu-in-abidjan-sucht-auch-neue-migrationswege-diesseits-von-afrika/20643096.html)

<sup>27</sup> Markus Wissen, Klimawandel, Geopolitik und »imperiale Lebensweise«, in: Kurswechsel 2/2010, S. 32, siehe:

[www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/Klimawandel-Geopolitik-und-imperiale-Lebensweise.pdf](http://www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/Klimawandel-Geopolitik-und-imperiale-Lebensweise.pdf)

Produktions- und Konsummuster“<sup>28</sup> herausgebildet, die einseitig auf einem hohen Verbrauch von fossilen Rohstoffen aufbaut. Diese klimazerstörende Lebensweise führte „im weltweiten Maßstab [zu einem] überdurchschnittlichen Verbrauch von Erdöl, Kohle und Erdgas“<sup>29</sup> und verfestigt eine „machtförmige Welthandelsordnung“<sup>30</sup>, die durch „bilaterale Abkommen und durch militärische Gewalt [einen] gesicherten Zugang zu fossilen Energieträgern“<sup>31</sup> voraussetzt und Handelsbeziehungen zuungunsten der Staaten des globalen Südens verfestigt.

Deutlich werden die Interessengegensätze auch an den Folgen der Migration. Entwicklungspolitische Organisationen weisen darauf hin, dass die Politik der Industriestaaten, vor allem gut ausgebildete Fachkräfte für den eigenen Arbeitsmarkt aus den Staaten des globalen Südens abzuwerben, zu einem zunehmenden „Brain Drain“ aus diesen Regionen führt. Während diese armen Staaten die teure Ausbildung ihrer Fachkräfte aus ihren öffentlichen Haushalten finanzieren müssen, haben die abwerbenden Staaten des globalen Nordens einen einseitigen ökonomischen Vorteil, der ihnen die Kosten der Ausbildung einspart. Gleichzeitig gehen diesen Staaten wichtige Humanressourcen verloren. In den Diskussionen in den Staaten des globalen Nordens wird jedoch häufig übersehen, dass für viele Staaten des afrikanischen Kontinents die Migration von Staatsangehörigen in die Länder des globalen Nordens eine wichtige Finanzquelle zur Erschließung von Devisen und eine Entlastung des eigenen Arbeitsmarktes darstellen kann. Eine solche Entlastung des Arbeitsmarktes tritt jedoch nicht ein, wenn hochausgebildete Spezialist\_innen abgeworben werden, während die Arbeitssuchenden mit einfachen Qualifikationen keine Chance auf eine Arbeitsstelle in den Industriestaaten erhalten.

In einer Ausarbeitung, die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Jahr 2004 veröffentlicht wurde, wird darauf hingewiesen, dass „gesamtwirtschaftlich gesehen [...] die Rücküberweisungen der Arbeitsmigranten eine wichtige Einnahmequelle für zahlreiche Entwicklungsländer dar[stellen]“<sup>32</sup>. Die Rücküberweisungen von Migrant\_innen in die Staaten des globalen Südens haben Höhen erreicht, die „sich zu Summen [addieren], die das Volumen der offiziellen Entwicklungshilfeleistungen bei weitem übersteigen und einen erheblichen Teil des Bruttoinlandsprodukts des Herkunftslandes ausmachen.“<sup>33</sup> Laut Weltbank wurden im Jahr 2016 aus den Staaten des globalen Nordens in die Staaten des globalen Südens „mehr als 575 Mrd. Euro [...] zurück in Heimatländer überwiesen. [...] Das ist [...] mehr als das Vierfache der offiziellen Entwicklungshilfen.“<sup>34</sup> Unter Berufung auf Daten der Bundesbank und der Wirtschaftswoche schreibt Die Welt, aus

---

<sup>28</sup> Ebd.

<sup>29</sup> Ebd.

<sup>30</sup> Ebd.

<sup>31</sup> Ebd.

<sup>32</sup> Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Referat: „Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit“, Migration in und aus Afrika, in: alle für EINE WELT für alle, September 2004, siehe: [www.eineweltfueralle.de/uploads/tx\\_cagmaterialbrowser/Bmz\\_spezial118pdf.pdf](http://www.eineweltfueralle.de/uploads/tx_cagmaterialbrowser/Bmz_spezial118pdf.pdf)

<sup>33</sup> Ebd.

<sup>34</sup> Antonia Schäfer, Migranten überweisen Milliarden in die Heimat, in: Focus-online.de, 09.08.2017, siehe:

[www.focus.de/finanzen/news/konjunktur/geldtransfers-migranten-ueberweisen-milliarden-in-die-heimat\\_id\\_7452306.html](http://www.focus.de/finanzen/news/konjunktur/geldtransfers-migranten-ueberweisen-milliarden-in-die-heimat_id_7452306.html)

Deutschland seien im Jahr 2016 rund 4,2 Mrd. Euro an ihre Familien in den Herkunftsländern überwiesen worden. Das seien fast 700 Millionen Euro mehr als 2015.<sup>35</sup>

## 2.1 Deutsche Militäreinsätze in Afrika

Die Staaten der EU, allen voran Deutschland und Frankreich, verstärken das Engagement ihrer Militärs. Offizielle Ziele dieser Militäreinsätze sind, den „Staatszerfall zu verhindern und islamistische Bewegungen einzudämmen“<sup>36</sup> sowie gleichzeitig größere Migrationsbewegungen aus Afrika heraus zu verhindern. Die Bundesregierung verfolgt dabei, in enger Zusammenarbeit mit der französischen Regierung seit mehreren Jahren das Ziel, innerhalb der Europäischen Union den sicherheitspolitischen Pfeiler weiter auszubauen. Bereits 2013 im Vorfeld der Münchner Sicherheitskonferenz hatte Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen angekündigt, „dass sich das neue deutsche Selbstbewusstsein durch mehr militärische Einsätze in Afrika zeigen werde. Seitdem wurden in und bei den Hauptstädten Malis und Nigers mehrere zivil-militärische EU-Stützpunkte aufgebaut, die sichtbar auf Dauer angelegt sind und in denen Deutschland eine zentrale Rolle spielt.“<sup>37</sup> Diese Grundausrichtung wurde durch die Ergebnisse des deutsch-französischen Ministerrates vom 13. Juli 2017 weiter forciert, mit denen Deutschland und Frankreich „ihren Führungsanspruch in der EU reklamierten“<sup>38</sup>. Weiter führt Christoph Marischka aus: „Das Ziel ist also gewissermaßen, sich als deutsch-französisches EUropa auch gegenüber der NATO zu positionieren und die Region, in der das verwirklicht werden soll, ist der sog. ‚Sahel‘. Entsprechend stellten beide Regierungen fest, dass ‚die Sahelzone ... eine zentrale Rolle in der strategischen Agenda der EU‘ spiele und schlugen deshalb eine ‚Sahel-Allianz‘ als ‚Plattform für ein verbessertes und erweitertes Eingreifen in der Sahelregion‘ vor.“<sup>39</sup>

Die Bundeswehr ist heute „in sechs afrikanischen Ländern aktiv“<sup>40</sup>, wobei die Mission der Bundeswehr in Mali „mit rund 1.000 entsandten Soldaten inzwischen sogar eine größere Bedeutung als die in Afghanistan“<sup>41</sup> hat. Real werden die verschiedenen Militärs aus den Staaten des globalen Nordens eingesetzt, um einen größeren geopolitischen Einfluss der Staaten des globalen Nordens zu ermöglichen und zu einer Sicherung von Rohstoffquellen beizutragen.

---

<sup>35</sup> Dpa/mol, Migranten überweisen 4,2 Milliarden Euro in Heimatländer, in: Die Welt, 28.08.2017, siehe: [www.welt.de/politik/deutschland/article168045986/Migranten-ueberweisen-4-2-Milliarden-Euro-in-Heimatlaender.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article168045986/Migranten-ueberweisen-4-2-Milliarden-Euro-in-Heimatlaender.html)

<sup>36</sup> Ebd.

<sup>37</sup> Christoph Marischka, Das Kerneuropa konstituiert sich im Sahel, in: IMI-Standpunkt 2017/039, 13.12.2017, siehe: [www.imi-online.de/2017/12/13/das-kerneuropa-konstituiert-sich-im-sahel/](http://www.imi-online.de/2017/12/13/das-kerneuropa-konstituiert-sich-im-sahel/)

<sup>38</sup> Ebd.

<sup>39</sup> Ebd.

<sup>40</sup> Markus Wissen, Klimawandel, Geopolitik und »imperiale Lebensweise«, a.a.O.

<sup>41</sup> Ebd.

Tabelle: aktuelle Militäreinsätze der Bundeswehr in Afrika<sup>42</sup>

Einsatz	Einsatzgebiet	Soldat_innen (Stand 18.12.2017)
EUTM Mali	Mali	153
UNMISS	Südsudan	14
UNAMID	Sudan	7
MINUSMA	Senegal, Mali	43
Atalanta	Horn von Afrika	2
EUTM SOM	Somalia	6

Die Verteilung der Militäreinsätze der Bundeswehr zeigen überdeutlich, dass sich die Bundesregierung genau dort - zum Teil auch symbolisch - engagiert, wo die Interessen der deutschen Außen- und Außenhandelspolitik besonders betroffen sind. Beispiele hierfür sind das Horn von Afrika und der Sudan, wo der freie Warenverkehr gesichert werden soll oder die Region um Mali, in der viele wichtige Rohstoffe vorhanden sind. Sie zeigen auch, dass „die nördliche Hälfte des afrikanischen Kontinents [...] zu einem Schwerpunkt deutscher Militäroperationen geworden [ist]“<sup>43</sup>. Dabei ist der Einsatz in Mali „zentral für die deutsche Außenpolitik“<sup>44</sup>, da er „letztlich die gesamte Sahelzone im Visier hat“<sup>45</sup>.

Das Weißbuch der Bundesregierung bringt diese Interessen klar zum Ausdruck:

*„Prosperität unseres Landes und Wohlstand unserer Bürgerinnen und Bürger hängen auch künftig wesentlich von der ungehinderten Nutzung globaler Informations-, Kommunikations-, Versorgungs-, Transport- und Handelslinien sowie von einer gesicherten Rohstoff- und Energiezufuhr ab. Eine Unterbrechung des Zugangs zu diesen globalen öffentlichen Gütern zu Lande, zur See, in der Luft sowie im Cyber-, Informations- und Weltraum birgt erhebliche Risiken für die Funktionsfähigkeit unseres Staates und den Wohlstand unserer Bevölkerung.“<sup>46</sup>*

Und weiter:

*„Unsere Wirtschaft ist ebenso auf gesicherte Rohstoffzufuhr und sichere internationale Transportwege angewiesen wie auf funktionierende Informations- und Kommunikationssysteme. Die Sicherheit maritimer Versorgungswege und die Garantie der Freiheit der hohen*

<sup>42</sup> Bundeswehr, Einsatzzahlen - die Stärke der deutschen Kontingente, in: Bundeswehr.de, 22.12.2017, siehe: [www.kurzlink.de/BW-Einsatzzahlen](http://www.kurzlink.de/BW-Einsatzzahlen)

<sup>43</sup> Jörg Kronauer, Afrika im Visier, in: Junge Welt, 29.12.2017, S. 3.

<sup>44</sup> Ebd.

<sup>45</sup> Ebd.

<sup>46</sup> Bundesministerium für Verteidigung, WEISSBUCH „016 - ZUR SICHERHEITSPOLITIK UND ZUR ZUKUNFT DER BUNDESWEHR“, Juni 2016, S. 41.

*See sind für eine stark vom Seehandel abhängige Exportnation wie Deutschland von herausragender Bedeutung. Störungen unserer Versorgungslinien durch Piraterie, Terrorismus und Regionalkonflikte können Auswirkungen auf den Wohlstand unseres Landes haben.*<sup>47</sup>

Eine der zentralen Drehscheiben für die militärischen Operationen der imperialen Staaten ist die Sicherung der Handelswege am Horn von Afrika. Die Region ist für die Handelsbeziehungen der EU-Staaten enorm wichtig. Jedes Jahr fahren „mehr als 20.000 Schiffe am Horn von Afrika vorbei“<sup>48</sup>. Auf dieser Schiffsroute werden „etwa 95 Prozent des Handelsvolumens zwischen Afrika, Asien und Europa“<sup>49</sup> befördert. Für ihre Teilnahme an dem Militäreinsatz European Union Naval Force ATALANTA (EU NAVFOR) „nutzt die deutsche Marine einen Stützpunkt in Dschibuti, den sie bereits ab 2002 aufgebaut hat“<sup>50</sup>. In Dschibuti haben „die Vereinigten Staaten und Frankreich eine Militärbasis errichtet. Inzwischen sind darüber hinaus auch Japan und China mit je einem eigenen Stützpunkt in Dschibuti präsent“<sup>51</sup>. Der Versuch Russlands vor einigen Jahren, einen Militärstützpunkt in Dschibuti zu eröffnen, wurde durch die Regierung Dschibutis abgelehnt, „weil es zu Interessenkonflikten mit den USA kommen könnte“<sup>52</sup>. Die russische Regierung strebt weiterhin an, in der Region präserter zu werden. Es gibt Pläne der russischen Regierung, „ein neues militärisches Engagement [...] im Sudan“<sup>53</sup> durchzuführen. Die Türkei hat in Mogadischu bereits ein Trainingscamp für Somalias Armee eröffnet. Dieser Militäreinsatz soll „den bereits im Land befindlichen Einsatz der EU übertreffen“<sup>54</sup>. Während der Ausbildungsmission der EU, die „rund 200 Militärberater, darunter sieben Bundeswehrsoldaten [umfasst, wird die] ‚Somalia Turkish Taskforce‘ [...] aus 300 Soldaten, darunter hundert Ausbilder“<sup>55</sup> bestehen.

---

<sup>47</sup> a.a.O., S. 50.

<sup>48</sup> Aussage des Bundesministeriums für Verteidigung, zitiert in: Jörg Kronauer, Hintergrund Handelswege, in: Junge Welt, 29.12.2017, S. 3.

<sup>49</sup> Ebd.

<sup>50</sup> Ebd.

<sup>51</sup> Ebd.

<sup>52</sup> Stefan Kornelius, Neuer Anker in Afrika, in: Süddeutsche Zeitung, 27.11.2015, siehe:

[www.sueddeutsche.de/politik/china-neuer-anker-in-afrika-1.2757531](http://www.sueddeutsche.de/politik/china-neuer-anker-in-afrika-1.2757531)

<sup>53</sup> Stefan Scholl, Putins Drang nach Afrika, in: Frankfurter Rundschau, 05.01.2018, siehe:

[www.fr.de/politik/russland-putins-drang-nach-afrika-a-1419891](http://www.fr.de/politik/russland-putins-drang-nach-afrika-a-1419891)

<sup>54</sup> Björn Müller, Was will Ankara in Afrika?, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 30.09.2017, siehe:

[www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ausbildung-in-somalia-ankaras-schritt-nach-afrika-15193298.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/ausbildung-in-somalia-ankaras-schritt-nach-afrika-15193298.html)

<sup>55</sup> Ebd.

### 3. Die Geopolitik der EU in Afrika

Afrika ist eine der umkämpften Regionen in der weltweiten Geopolitik. In Afrika versuchen die USA, die Staaten der EU, Russland, China und Indien als große Wirtschaftsmächte der Welt aktiv ihre jeweiligen Interessen durchzusetzen. Ziel dieser Staaten ist, einen möglichst großen Einfluss in Afrika zu erhalten oder auszubauen. Mit Handelsverträgen, militärischer Präsenz aber auch den Mitteln der Entwicklungspolitik sollen die afrikanischen Staaten möglichst nahe an die Interessen der jeweiligen Staaten angedockt werden.

Im imperialen Wettlauf um den besten Zugang zu den für die Industrieproduktion wichtigen Rohstoffen und Absatzmärkten besteht aus Sicht der Staaten der EU die Gefahr, immer weiter ins Hintertreffen zu kommen. Die ökonomisch stärksten Staaten der EU - Deutschland, Niederlande, Frankreich und Großbritannien - sehen dabei Afrika aufgrund ihrer kolonialen Vergangenheit noch immer als ihre Einflussphäre an und behandeln in ihrer Außenpolitik Afrika wie „ihren Hinterhof“. Diese postkoloniale Anbindung Afrikas durch vorhandene Abhängigkeiten gegenüber den Hauptstaaten der EU wird im letzten Jahrzehnt durch eine aktive Afrikapolitik der chinesischen und indischen Regierung teilweise zurückgedrängt.

Deswegen intensivieren die EU-Staaten seit einigen Jahren ihr Engagement in Afrika und fordern eine aktivere Afrikapolitik ein. Ein strategisches Element einer aktiveren Afrikapolitik ist die Durchsetzung von bilateralen Freihandelsabkommen zwischen der EU und einzelnen afrikanischen Staaten oder Staatengruppen. In der Studie „Study on EU-US High Level Working Group“ wurden die Gründe für solche bilateralen Freihandelsabkommen der EU deutlich benannt:

*„Neben den Trends des Anstiegs der regionalen Handelsabkommen und dem Rückgang der relativen Bedeutung der Zölle im Vergleich zu den nichttarifären Handelshemmnissen hat die Welt einen weiteren wichtigen Trend erlebt: die Verlagerung der Wirtschaftsmacht von Westen nach Osten im Allgemeinen und speziell nach China.“<sup>56</sup>*

Die Aktivitäten der indischen und chinesischen Unternehmen und die Außenwirtschaftspolitik dieser Staaten sind in Afrika deutlich zu sehen. China hat „seit dem Jahr 2011 [...] rund 350 Mrd. RMB (53 Mrd. US\$) in den afrikanischen Bergbau investiert“<sup>57</sup>. Auch die indische Tata-Gruppe hat seit 2013 „rund 1,7 Mrd. US\$ in neue Produktionsstätten auf dem afrikanischen Kontinent“<sup>58</sup> und das größte indische Bergbauunternehmen ‚Vedanta Resources‘ hat von 2005 bis 2014 „4 Mrd. US\$ in Afrikas Bergbauindustrie“<sup>59</sup> investiert.

---

<sup>56</sup> Ecorys, Study on "EU-US High Level Working Group" - Final report, 22 October 2012, S. 31, siehe: [www.ecorys.com/sites/default/files/files/EU-US%20HLWG%20Ecorys%20Final%20report.pdf](http://www.ecorys.com/sites/default/files/files/EU-US%20HLWG%20Ecorys%20Final%20report.pdf) (eigene Übersetzung)

<sup>57</sup> EnergieAgentur.NRW, Rohstoffe Subsahara - 31 Länder, Stand 2016/2017, Juni 2017, S. 20.

<sup>58</sup> a.a.O., S. 22.

<sup>59</sup> a.a.O., S. 23.

Die EU reagiert mit einer Freihandelsoffensive und versucht durch Erpressungspolitik ihre Interessen durchzusetzen. So wird den Ländern Afrikas in regelmäßigen Abständen zu verstehen gegeben, dass sie aus vielen Staaten der EU vermeintlich hohe Entwicklungshilfegelder bekämen und hierfür Wohlverhalten gegenüber den Interessen dieser Staaten erwartet wird. Die EU-Kommission sieht in den afrikanischen Staaten wichtige Absatzmärkte für die Zukunft, da Afrika einer der am schnellsten wachsenden Bevölkerungen ausweist. In etwa 80 Jahren werden in Afrika „viermal so viele Menschen leben wie heute“<sup>60</sup>.

Alle Versuche der EU-Kommission, die afrikanischen Märkte noch mehr als bisher für Waren aus der EU zu öffnen, sind bis jetzt aus Sicht der EU-Kommission nicht genug vorangekommen. In den Jahren 2000 bis 2004 gelang es den exportorientierten Unternehmen in der EU noch, „ihre Exporte nach Afrika zu verdreifachen“<sup>61</sup>, seitdem sind die Ausfuhren in die afrikanischen Staaten fast wieder auf das Niveau von 2009 zurückgefallen. Dies ist einer der Gründe, warum die EU versucht, durch Freihandelsabkommen auf den Märkten Afrikas mehr Waren als bisher abzusetzen. Bis heute liefern die Staaten aus Afrika vor allem Rohstoffe und Energierohstoffe, während aus der EU „Maschinen, Fahrzeuge sowie weitere Technologieprodukte“<sup>62</sup> nach Afrika exportiert werden. Dies führt weiterhin dazu, dass Produkte mit hohen Wertschöpfungsanteilen aus den Staaten der EU geliefert, während Rohprodukte mit niedrigen Wertschöpfungsanteilen aus Afrika in die EU importiert werden. In diesen disparitätischen ökonomischen Verhältnissen bildet sich „das alte koloniale Wirtschaftsverhältnis“<sup>63</sup> zwischen den Staaten der EU und großen Teilen Afrikas ab.

---

<sup>60</sup> Doris Pundy, EU-Afrika-Gipfel: Schule statt Flucht, in: Deutsche Welle, 28.11.2017, siehe:

[www.dw.com/de/eu-afrika-gipfel-schule-statt-flucht/a-41409972](http://www.dw.com/de/eu-afrika-gipfel-schule-statt-flucht/a-41409972)

<sup>61</sup> Jörg Kronauer, Rotlicht: EU-Afrika-Gipfel, ebd.

<sup>62</sup> Ebd.

<sup>63</sup> Ebd.

## 4. Rohstoffe in Afrika

„Afrika ist reich an Rohstoffen, aber vielerorts geht der Rest der Volkswirtschaft zugrunde. Die Bevölkerung bleibt arm und wird ärmer – denn Konzerne und Machthaber machen ihre eigenen Geschäfte.“<sup>64</sup> Viele der Rohstoffe sind für die Industriestaaten des globalen Nordens von höchstem Interesse. In Afrika befinden sich „89% der weltweiten Vorkommen an mineralischen Rohstoffen wie Bauxit, Chromit, Kobalt, Diamanten, Gold, Platin und Titan“<sup>65</sup>. Von den weltweit bekannten Primärenergieträgern lagern in Afrika etwa „20% des weltweiten Urans, über 9% des weltweiten Erdöls, 8% des Erdgases sowie rund 6% der globalen Kohlereserven“<sup>66</sup>.

**Tabelle: Anteil von Subsaharastaaten an der Welt-Bergwerksproduktion in Prozent<sup>67</sup>**

	Rohstoff	Anteil an weltweitem Bergbau
<b>Südafrika</b>	PGM (Platinmetalle)	50,3
	Diamanten	5,6
	Chromit	43,9
	Mangan	22,6
	Titan	19,1
	Vanadium	25,4
	Gold	4,9
	<b>Kongo</b>	Diamanten
	Kupfer	4,9
<b>Simbabwe</b>	PGM	6,8
	Diamanten	3,6
	Chromit	4,3
<b>Botswana</b>	Diamanten	19,4
<b>Angola</b>	Diamanten	5,7
<b>Mosambik</b>	Titan	7,2

Allein aus Südafrika stammen mehr als 50 Prozent der gesamten weltweit produzierten Platinmetalle (PGM) und 44 Prozent des Chromits. Südafrika gehört weiterhin zu den weltweit führenden Mangan- und Vanadium-Produzenten. Von den weltweit bekannten PGM-Vorräten befinden sich 95 Prozent in Südafrika. In der Demokratischen Republik Kongo befinden sich mehr als 50 Prozent der weltweiten Reserven von Kobalt, die schon heute eines der wichtigsten Förderländer mit einem Anteil von über 50 Prozent des weltweit geförderten Kobalts ist. Auch gehört das Land zu den TOP-5 bei der Förderung von Kupfer, Diamanten und Tantal. Botswana ist weltweit führend in der Diamantenproduktion, Guinea ist in der Gruppe der Top-5 der größten Bauxit-Produzenten und weltweit

<sup>64</sup> Isabel Pfaff, Wie ein ganzer Kontinent seiner Rohstoffe beraubt wird, in: Süddeutsche Zeitung, 31.01.2017, siehe: [www.sueddeutsche.de/kultur/erdoel-wie-ein-ganzer-kontinent-seiner-rohstoffe-beraubt-wird-1.3265320](http://www.sueddeutsche.de/kultur/erdoel-wie-ein-ganzer-kontinent-seiner-rohstoffe-beraubt-wird-1.3265320)

<sup>65</sup> Ohne Angaben (O.A.), Bodenschätze und Rohstoffe in Afrika - Ein allgemeiner Überblick, in: gesichert-afrikas.de, ohne Jahr, siehe: [www.gesichter-afrikas.de/rohstoffe-ressourcen-in-afrika.html](http://www.gesichter-afrikas.de/rohstoffe-ressourcen-in-afrika.html)

<sup>66</sup> Ebd.

<sup>67</sup> EnergieAgentur.NRW, Rohstoffe Subsahara – 31 Länder, Stand 2016/2017, Juni 2017, S. 13.

führend bei den nachgewiesenen Reserven an Bauxit. Simbabwe ist der fünftgrößte Hersteller von Lithium und in der Gruppe der Top-5 bei den PGM-Produzenten.<sup>68</sup>

Der natürliche Reichtum Afrikas führt für einen großen Teil der afrikanischen Bevölkerung jedoch zu keiner Wohlfahrtssteigerung. Dies liegt zum einen an den ungerechten Machtverhältnissen zwischen den Staaten des globalen Südens und den Staaten des globalen Nordens, zwischen der Macht der transnationalen Konzerne und den lokalen und regionalen Strukturen in Afrika, aber auch an den herrschenden Eliten in vielen Staaten Afrikas. „Die Ausplünderung afrikanischer Staaten hat inzwischen ein Maß erreicht, bei dem das Verhältnis von Geldmittelzuflüssen nach Afrika, beispielsweise Investitionen oder Entwicklungshilfe, zu den Geldmittelabflüssen an die Konzerne, Rohstoffhändler und korrupten Eliten 1:10 beträgt.“<sup>69</sup> Die bestehenden Ausbeutungsverhältnisse und die Macht der transnationalen Rohstoffkonzerne führt dazu, dass in vielen Staaten Afrikas die Armut weiter zunimmt. Viele Staaten, für die der Export von Erdöl und Erdgas volkswirtschaftlich bedeutend ist, gehören gleichzeitig zu den hochverschuldeten armen Ländern und rangieren auf den untersten Rängen des „Human Development Index“ des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP)<sup>70</sup>.

In vielen Staaten Afrikas zeigt sich, dass „die Tätigkeit transnationaler Unternehmen zu menschenrechtlichen Problemen führt“. Menschenrechtsverletzungen durch transnationale Unternehmen stehen häufig im Zusammenhang mit „Landnahmen und Vertreibungen im Zusammenhang mit Rohstoffförder- oder Agroindustrieprojekten“<sup>71</sup>. Vielfach werden die Menschenrechte auch durch die „Verantwortungslosigkeit entlang der globalen Zulieferketten“<sup>72</sup> verletzt. Proteste gegen solche Ungerechtigkeiten durch die „betroffene Bevölkerung oder die Arbeiter\_innen werden regelmäßig mit staatlicher oder privater Repression beantwortet“<sup>73</sup>. Folgen dieser Unternehmenspraktiken sind Gesundheitsschäden, Umweltzerstörung und die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Betroffenen. Gleichzeitig wird „sozialer Protest gegen menschenrechtlich problematische Wirtschaftsprojekte [...] oft kriminalisiert und mit Gewalt bekämpft“<sup>74</sup>.

An diesen ungerechten Machtstrukturen in Afrika und der Ausbeutung der Länder durch nationale Eliten sind in der Regel transnationale Konzerne aus dem globalen Norden beteiligt. So besitzt beispielsweise der ehemalige Präsident Simbabwes, Robert Mugabe, der vom Internationalen Strafgerichtshof geächtet wurde, zusammen mit seiner Frau elf riesige landwirtschaftliche Farmen, die

<sup>68</sup> Zitiert nach: EnergieAgentur.NRW, Rohstoffe Subsahara – 31 Länder, Stand 2016/2017, Juni 2017, S. 16.

<sup>69</sup> J. Taylor, Wie ein Kontinent ausgeplündert wird, in: Freitag, 09.03.2014, siehe:

[www.freitag.de/autoren/justrecently/wie-ein-kontinent-ausgepluendert-wird](http://www.freitag.de/autoren/justrecently/wie-ein-kontinent-ausgepluendert-wird)

<sup>70</sup> Barbara Unmüßig, Kampf um Rohstoffe - Das Great Game des 21. Jahrhunderts, in: Forum Umwelt und Entwicklung - Rundbrief 4/2007, S. 3-4.

<sup>71</sup> Miriam Saage-Maaß, Unternehmen zur Verantwortung ziehen - Erfahrungen aus transnationalen Menschenrechtsklagen, ECCHR/Brot für die Welt/Misereor (Hrsg.), S. 10, in: Deutscher Bundestag, siehe:

[www.bundestag.de/blob/369906/39fdadffaa8ecaad691ddce53ce51fb4/201a\\_stellungnahme-saage-maass-data.pdf](http://www.bundestag.de/blob/369906/39fdadffaa8ecaad691ddce53ce51fb4/201a_stellungnahme-saage-maass-data.pdf)

<sup>72</sup> a.a.O., S. 11.

<sup>73</sup> a.a.O., S. 14.

<sup>74</sup> a.a.O., S. 16.

„Milch an den Schweizer Lebensmittelkonzern Nestlé lieferten“<sup>75</sup>. Es zeigt sich, dass „für die hemmungslose Ausbeutung der Rohstoffe Afrikas“<sup>76</sup> nicht alleine internationale Konzerne verantwortlich sind, sondern das „afrikanische Politiker, hochrangige Militärs und Geschäftsleute [...] gemeinsam mit ausländischen Partnern die Ressourcen ihrer Länder systematisch aus[beuten]“<sup>77</sup>. Die verdienten Gewinne „würden dann in Steuerparadiesen geparkt“<sup>78</sup>. Nachdem ein „Kollektiv afrikanischer Investigativjournalisten“<sup>79</sup> die sogenannten „Panama-Papers“<sup>80</sup> ausgewertet hatte, legten sie eine Studie mit dem Titel „The Plunder Route to Panama“<sup>81</sup> vor, in der sie „sieben afrikanische Länder - Togo, Mosambik, Demokratische Republik Kongo, Ruanda, Burundi, Botswana und Südafrika“<sup>82</sup> beleuchteten. Die Ergebnisse waren erschreckend. In allen sieben Ländern waren nationale Eliten, häufig in enger Zusammenarbeit mit internationalen Unternehmen, an der systematischen Ausbeutung und sozialen und ökologischen Zerstörung dieser Länder beteiligt.

Der Kampf um die Rohstoffe zwischen den Staaten- und Staatengruppen des globalen Nordens und den neuen Konkurrenten aus Asien wird in den nächsten Jahren zunehmen, da sich „die Nachfrage nach mineralischen Rohstoffen und Energierohstoffen [...] weltweit bis zum Jahr 2050 voraussichtlich verdoppeln“<sup>83</sup> wird. Afrika steht in diesem Wettlauf um Rohstoffe im Zentrum des Interesses der rohstoffverbrauchenden Industriestaaten. Die „EnergieAgentur.NRW“ weist völlig zu Recht darauf hin, dass „der afrikanische Kontinent [...] ein enormes Potenzial an Energierohstoffen, an Metallen und an Industriemineralen“<sup>84</sup> hat. Aus „geologischer Sicht [habe] kein anderer Kontinent ein so beträchtliches Rohstoffpotenzial wie Afrika“<sup>85</sup>.

---

<sup>75</sup> Bartholomäus Grill, Afrikas gierige Herrscher, in: Zeit.online, 29.10.2009, siehe: [www.zeit.de/2009/45/Afrikas-Parasiten](http://www.zeit.de/2009/45/Afrikas-Parasiten)

<sup>76</sup> Antonio Cascais, Panama Papers: Wie lokale Machthaber und Eliten Afrika ausplündern, in: Deutsche Welle, 17.10.2017, siehe: [www.dw.com/de/panama-papers-wie-lokale-machthaber-und-eliten-afrika-auspl%C3%BCndern/a-40998807](http://www.dw.com/de/panama-papers-wie-lokale-machthaber-und-eliten-afrika-auspl%C3%BCndern/a-40998807)

<sup>77</sup> Ebd.

<sup>78</sup> Ebd.

<sup>79</sup> Ebd.

<sup>80</sup> Vgl.: Frederik Obermaier/Bastian Obermayer, Das Ende einer Skandal-Firma, in: Panama Papers - Die Geheimnisse des schmutzigen Geldes, ohne Datum, siehe: <http://panamapapers.sueddeutsche.de/articles/e547143/>

<sup>81</sup> The African Investigative Publishing Collective/Africa Uncensored/ZAM (Hrsg.), THE PLUNDER ROUTE TO PANAMA, Oktober 2017, siehe: [www.zammagazine.com/images/pdf/documents/African\\_Oligarchs.pdf](http://www.zammagazine.com/images/pdf/documents/African_Oligarchs.pdf)

<sup>82</sup> Antonio Cascais, Panama Papers: Wie lokale Machthaber und Eliten Afrika ausplündern, ebd.

<sup>83</sup> EnergieAgentur.NRW, Rohstoffe Subsahara - 31 Länder, Stand 2016/2017, Juni 2017, S. 9.

<sup>84</sup> Ebd.

<sup>85</sup> Ebd.

**Tabelle: Bedeutung des mineralischen Rohstoffsektors entsprechend des Anteils von Bergbau und Raffinadeproduktion am BIP und als Anteil am Export (alle in Prozent)<sup>86</sup>**

Land	Anteil am BIP	Anteil am Export	Anteil des wichtigsten Rohstoffs
Sambia	62,7	80,0	92,8
Mauretanien	55,9	67,3	70,3
DR Kongo	55,8	77,3	34,8
Botsuana	16,9	80,4	60,3
Mali	18,3	63,0	38,1
Südafrika	16,0	48,8	35,8
Ghana	12,8	52,1	90,7

Aufgrund der rücksichtslosen Ausbeutung der Rohstoffvorkommen in den Staaten Afrikas werden Menschenrechte verletzt und die Umwelt zerstört. Große Landstriche in Nigeria sind durch die Ölförderung und undichte Pipelines kontaminiert und durch „das Verbrennen von Gas verseucht. In Ghana zerstört großflächiger Goldtagebau die Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung und auch im Sudan mussten viele Menschen den Pipelines weichen.“<sup>87</sup>

Ein Schwerpunkt der Eine-Welt-Arbeit der NaturFreunde ist die Auseinandersetzung mit den sozialen und ökologischen Folgen des Rohstoffabbaus in den Staaten des globalen Südens. Im Mittelpunkt stehen dabei die Forderungen nach Umwelt-, Klima- und Ressourcengerechtigkeit. Forderungen sind die Durchsetzung von nachhaltigeren Bergbaumethoden bis hin zu umweltverträglicheren Bergbautechniken, die auf biotechnologische Methoden setzen. Auch der von den Bremer NaturFreunden initiierte Ansatz der „Online Presentations“<sup>88</sup> ist prinzipiell gut geeignet, um die Forderungen für einen umwelt-, sozial- und ressourcengerechten Bergbau in den Staaten des globalen Südens weiterzubreiten.

### **Exkurs: Bremer NaturFreunde initiieren Umweltprojekte mit Schülern aus Afrika**

#### **Die Beispiele „Klimascouts“ und „Fairtrade Kakao“**

Die NaturFreunde Bremen führen seit einigen Jahren ein Klimaprojekt mit verschiedenen afrikanischen Staaten durch. Einen Schwerpunkt bilden die sogenannten „Klimascouts“. Es sind Schüler\_innen in Deutschland und in Afrika, die in ihrem privaten Umfeld für den Klimaschutz werben. Bei deren Ausbildung wird intensiv mit dem Klimahaus in Bremerhaven zusammengearbeitet. So wurde in Namibia im Jahr 2014 in Swakopmund und im Jahr 2015 in Windhoek die „Klimawerkstatt“ durchgeführt, bei der Klimascouts aus Deutschland mit Schüler\_innen aus Namibia gemeinsam Aktionen gegen den Klimawandel durchgeführt haben. Weitere Seminare haben in Togo statt-

<sup>86</sup> Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Vorkommen und Produktion mineralischer Rohstoffe – ein Ländervergleich, Mai 2014, S. 30.

<sup>87</sup> Rima Hanano, Der Fluch natürlicher Ressourcen: Trotz Rohstoffreichtum bettelarm, in: RESET – Digital for Good, ohne Datum, siehe: <https://reset.org/knowledge/der-fluch-natuerlicher-ressourcen-trotz-rohstoffreichtum-bettelarm>

<sup>88</sup> Vgl.: NaturFreunde Bremen, Gut verbunden – well connected, in: entdecken – Zeitschrift der NaturFreunde Bremen e.V., September 2017 – Februar 2018, S. 24f, siehe: <http://naturfreunde-bremen.de/files/entdecken/entdecken-september-2017.pdf>

gefunden. Gemeinsam wurde eine „Climate Online Presentations“ zum Themenkomplex des Klimawandels erarbeitet. Sie fand zeitgleich in Bremen, Namibia und Togo statt. Über eine Online-Plattform wurde eine direkte Sprach- und Bildverbindung zwischen Bremen und den Städten Windhoek (Namibia) und Kpalime (Togo) aufgebaut. Diese Plattform ist eine gute Grundlage um gemeinsam die Vermittlung weiterer klima- und ressourcenschutz fördernder Maßnahmen auszuarbeiten. Hierbei können Forderungen für einen umwelt- und sozialverträglicheren Rohstoffabbau, der die Menschenrechte achtet und die Ressourcengerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt, eine wichtige Rolle spielen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Bremer NaturFreunde war die Kampagne „Fairtrade Kakao“, mit der über Hintergründe des Kakaoanbaus und -handels in Westafrika informiert und Alternativen durch Fairtrade-Produkte aufgezeigt wurde.

Der Kongress der Naturfreunde Internationale (NFI) 2011 hat festgestellt:

*„Die Hauptverantwortung für diese Entwicklungen liegen bei den Industrie- und Schwellenländern:*

- *Der nahezu ungebremste Ausstoß von Treibhausgasen in die Erdatmosphäre, der zu einem globalen Klimawandel führt;*
- *Die Förderung und Subvention von Fischfangflotten, die zur Überfischung der Weltmeere beitragen;*
- *Die absichtliche Subvention des Exportes von landwirtschaftlichen Gütern;*
- *Eine ‚Entwicklungshilfe‘, die weitgehend zur Absicherung des billigen Imports von Rohstoffen inklusive Wasser, landwirtschaftlicher Produkte und Energierohstoffe dient oder zur meist ungenügenden Milderung der sozialen Folgen dieser globalen Benutzung der dritten Welt dient;*
- *Die Unterstützung von Warenterminbörsen, die gerade in Krisenzeiten Anreize zum Horten von wichtigen Agrarprodukten führt die Preise künstlich in die Höhe zu treiben.*<sup>89</sup>

---

<sup>89</sup> Naturfreunde Internationale, Naturfreunde fordern eine nachhaltige Klima- und Wirtschaftspolitik für Afrika, ebd.

## 5. Freihandelsabkommen verhindern - gerechte Weltwirtschaft durchsetzen

Für die transnationalen Konzerne aus dem globalen Norden ist Afrika vor allem ein Absatzmarkt für ihre Produkte und ein billiger Lieferant für Rohstoffe. Die bundesdeutschen Unternehmen setzen dabei auf eine „größer werdende afrikanische Mittelschicht [...] deren Pro-Kopf-Einkommen zwar nicht mit dem der Europäer vergleichbar ist, dennoch eine zunehmend starke Kaufkraft darstellt“<sup>90</sup>. Die Strategen des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) gehen davon aus, dass „bis zu 300 Millionen Menschen in Subsahara-Afrika dieser Mittelschicht“ angehören könnten und damit Märkte für Konsumwaren wie Autos, Gebrauchsgüter und Lebensmittel aus Deutschland und den Staaten der EU darstellen könnten.

Alle Forderungen aus afrikanischen Staaten nach einem gerechten Welthandel werden von den Konzernen und der herrschenden Politik in den Staaten des globalen Nordens zurückgewiesen. Vielmehr erhöhen diese Staaten den Druck auf die Regierungen Afrikas, um noch mehr Freihandel und noch mehr Möglichkeiten für ungehinderte Investitionen zum Wohle der Konzernzentralen in den Metropolen des globalen Nordens durchzusetzen. Bereits im Jahr 2002 begann die EU Verhandlungen mit „fünf regionalen Gruppen afrikanischer Staaten über sogenannte Economic Partnership Agreements (EPA), also Wirtschaftspartnerschaftsabkommen. Ziel dieser Freihandelsabkommen ist eine fast vollständige gegenseitige Marktöffnung“<sup>91</sup>. Mit diesen Abkommen sollen die afrikanischen Staaten „im Tausch von 15 Jahren zollfreien Zugang zum EU-Markt schrittweise ihre Märkte bis zu 83 Prozent für europäische Produkte öffnen“<sup>92</sup>. Diese Marktöffnung wird sich nur zugunsten der Interessen der transnationalen Konzerne aus dem globalen Norden auswirken und noch mehr kleine und mittelständische Betriebe und vor allem auch die Kleinbäuer\_innen in den Staaten Subsahara-Afrikas in den Ruin treiben.

Der BDI hat bereits 2014 seine Forderungen klar umrissen:

*„Die deutsche Industrie begrüßt die Bemühungen um einen baldigen Abschluss der EPA-Verhandlungen. Wie beim EU-Afrika-Gipfel in Brüssel im April 2014 zugesagt, sollten alle Verhandlungsparteien mit vereinten Kräften an den noch ausstehenden Herausforderungen der EPAs arbeiten. [...] Der BDI plädiert dafür, Anpassungshilfen für entgangene Zolleinnahmen durch die EU bereitzustellen. Diese sollten Programme zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des afrikanischen Privatsektors sowie Infrastrukturmaßnahmen beinhalten.“<sup>93</sup>*

---

<sup>90</sup> Bundesverband der Deutschen Industrie, BDI-Strategie Subsahara-Afrika - Chancenkontinent Afrika, September 2014, S. 6, siehe: [https://bdi.eu/media/presse/publikationen/energie-und-rohstoffe/BDI-Strategie\\_Subсахara-Afrika\\_140929.pdf](https://bdi.eu/media/presse/publikationen/energie-und-rohstoffe/BDI-Strategie_Subсахara-Afrika_140929.pdf)

<sup>91</sup> Markus Metz/Georg Seeßlen, Die Economic Partnership Agreements zwischen EU und Afrika, in: Bayerischer Rundfunk, 11.05.2017, siehe: [www.br.de/radio/bayern2/sendungen/zuendfunk/kolumnen-sendungen/generator/economic-partnership-agreements-zwischen-eu-und-afrika-100.html](http://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/zuendfunk/kolumnen-sendungen/generator/economic-partnership-agreements-zwischen-eu-und-afrika-100.html)

<sup>92</sup> Informationsstelle Militarisation, Afrika: Unfairer Freihandel, in: IMI-Aktuell 2017/022, 18.02.2017, siehe: [www.imi-online.de/2017/01/18/afrika-unfairer-freihandel/](http://www.imi-online.de/2017/01/18/afrika-unfairer-freihandel/)

<sup>93</sup> Bundesverband der Deutschen Industrie, BDI-Strategie Subsahara-Afrika - Chancenkontinent Afrika, a.a.O., S. 16.

Die Forderungen der deutschen exportorientierten Industrie sind dabei in ihrer Klarheit nicht zu überbieten. Auf der einen Seite werden afrikanische Staaten unter Druck gesetzt, ihren von den EU-Verhandlungspartnern vorgegebenen Verpflichtungen nachzukommen, auf der anderen Seite sollen für die verbesserten Absatzbedingungen der deutschen Großunternehmen die Steuerzahler\_innen durch die Bereitstellung von „Anpassungshilfen für entgangene Zolleinnahmen“ aufkommen. Der Interessenverband der deutschen Großunternehmen handelt dabei wieder einmal nach seiner immer wieder gezeigten Maxime: Gewinne sind zu privatisieren, Verluste sind zu sozialisieren.

### **5.1. Economic Partnership Agreement (EPA) - das TTIP für Afrika**

Seit dem Jahr 2004 versucht die EU-Kommission als Vertreterin der EU-Außenhandelspolitik die afrikanischen Staaten dazu zu bringen, sogenannte Wirtschaftspartnerschaftsabkommen abzuschließen. Diese Abkommen sind in der Realität nichts anderes als Freihandelsabkommen. Ihr Ziel ist, die Märkte Afrikas für Importe aus den EU-Mitgliedstaaten noch weiter zu öffnen und gleichzeitig den transnationalen Unternehmen aus der EU den Zugang zu Rohstoffen und Energievorräten in Afrika zu sichern. Damit sollen die Öl- und Gasvorkommens Afrikas für die europäischen Energieunternehmen noch besser erschlossen, der Holzhandel noch weiter angeheizt und die mineralischen Erze für die Interessen der EU-Konzerne gesichert werden.

Offiziell behauptet die EU-Kommission, dass die EPAs das Ziel hätten, Forderungen der Welthandelsorganisation (WTO) umzusetzen und entsprechend zu implementieren. Dies hat jedoch mit den ausgehandelten EPAs wenig zu tun. Die bisher implementierten EPAs gehen weit über die geforderten WTO-Regelungen hinaus.

Durch die EPAs sollen Investitionen von EU-Konzernen in Afrika erleichtert und noch mehr abgesichert werden. Landgrabbing, die Öffnung von gewinnbringenden öffentlichen Aufträgen für die Unternehmen aus den EU-Staaten, bessere Bedingungen für den Abbau von Rohstoffen und die noch bessere Absicherung der Steigerung von Massentourismus durch die internationalen Tourismusunternehmen werden die Folge sein.

In der Vergangenheit konnten solche Forderungen aufgrund des Widerstandes der afrikanischen Staaten nicht durchgesetzt werden. Alle Verhandlungen im Rahmen der WTO scheiterten, da die afrikanischen Regierungen eine solche Preisgabe ihrer Märkte für die Interessen der transnationalen Konzerne aus dem globalen Norden ablehnten. Sie wiesen immer wieder darauf hin, dass eine solche Politik zur Zerstörung heimischer Märkte führen werde und die dortigen Unternehmen keine Chance hätten, mit den hochtechnisierten und hochproduktiven Unternehmen aus der EU zu konkurrieren. Die lokalen Märkte würden zusammenbrechen und durch Produkte aus den Staaten des globalen Nordens überschwemmt. Schon heute sorgen die hochsubventionierten landwirtschaftlichen Produkte aus der EU dafür, dass die kleinbäuerliche Landwirtschaft in Afrika zerstört wird und Millionen von Kleinbäuer\_innen ihre Lebensgrundlage verlieren. Deshalb wird eine solche Politik zu einer weiteren Zerstörung bestehender Strukturen und einer Verhinderung einer eigenständigen ökonomischen Entwicklung in den Staaten Afrikas führen.

Nachdem die Forderungen der EU-Staaten innerhalb der WTO nicht durchgesetzt werden konnten, versucht die EU-Kommission nun, diese Vereinbarungen bilateral über EPAs durchzusetzen.

Die Naturfreunde Internationale (NFI) hat zu Freihandelsabkommen beschlossen:

*„Bei den Auseinandersetzungen um die Freihandelsabkommen geht es um eine grundlegende Weichenstellung: Wird sich die Politik weiter in den Dienst einer Machtpolitik zugunsten transnationaler Wirtschaftsinteressen stellen oder sich der Nachhaltigkeit verpflichten und die Globalisierung sozial und ökologisch gestalten?“<sup>94</sup>*

Genau wie die NaturFreunde kritisieren andere Organisationen wie das katholische Hilfswerk Misereor und das globalisierungskritische Netzwerk Attac die schon abgeschlossenen und geplanten Wirtschaftspartnerschaften (EPA) der Europäischen Union mit Staaten und Staatengruppen in Afrika. Pirmin Spiegel von Misereor führt dazu aus, dass den „afrikanischen Ländern politische Maßnahmen auferlegt [werden], die vor allem im Interesse der EU-Staaten sind und nicht dazu beitragen, den Kontinent aus der sozialen und ökonomischen Krise und aus der Abhängigkeit herauszuführen“.<sup>95</sup> Er erklärte weiter, dass „die bestehenden Wirtschaftsabkommen zur Zerstörung lokaler Märkte [führen], weil EU-Importe wie Milchpulver, Tomatenpaste, Geflügel dort die Produkte von Kleinbauernfamilien verdrängen“.<sup>96</sup> Brot für die Welt kritisiert, dass „Länder wie Ghana, Cote d’Ivoire und Kamerun [...] von der EU alternativlos zu sogenannten Übergangsabkommen gedrängt [wurden]. Die vertraglichen Bestimmungen zwingen die Länder, im Gegenzug zum Marktzugang zur EU ihre Märkte nahezu ganz für EU-Produkte zu öffnen und auf Zolleinnahmen zu verzichten“<sup>97</sup>.

Der Bundesvorsitzende der NaturFreunde Deutschlands, Michael Müller, führte in seiner Rede bei der „G20-Protestwelle“ in Hamburg aus:

*„Neoliberale Politik und grenzenloser Freihandel sind eine hemmungslose Party auf Kosten der Armen, der Natur und der Zukunft. Auch die EU-Staaten üben alltäglich eine Gewalt aus, die unseren Planeten unbewohnbar macht. [...] Noch immer wird das weitaus meiste Kapital in die Finanzspekulation oder in protzige Verwaltungszentren und Konsumtempel gesteckt, aber nicht in das Gemeinwohl, in Maßnahmen gegen die Armut und die heraufziehenden großen Ernährungs- und Energiekrisen. Die Politik hat nicht die Kompetenz, Frieden zu stiften.“<sup>98</sup>*

---

<sup>94</sup> Naturfreunde Internationale, Naturfreunde sagen „Nein“ zu CETA, Beschluss der Jahreskonferenz der Naturfreunde Internationale (NFI) am 23. September 2016 in Bielefeld, siehe: [www.nfi.at//index.php?option=com\\_content&task=view&id=740&Itemid=34](http://www.nfi.at//index.php?option=com_content&task=view&id=740&Itemid=34)

<sup>95</sup> Dpa, EU-Afrika-Gipfel: Hilfsorganisationen fordern Politikwechsel, in: Stuttgarter Nachrichten, 28.11.2017, siehe: [www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.kampf-gegen-fluchtursachen-merkel-reist-zum-eu-afrika-gipfel-migration-zentrales-thema.7967a218-553e-4074-a530-8d91d902b039.html](http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.kampf-gegen-fluchtursachen-merkel-reist-zum-eu-afrika-gipfel-migration-zentrales-thema.7967a218-553e-4074-a530-8d91d902b039.html)

<sup>96</sup> Ebd.

<sup>97</sup> Francisco Mari, Merkel streicht EPA Debatte von EU-Afrika Gipfel, in: Brot für die Welt, 26.11.2017, siehe: <https://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/merkel-streicht-epa-debatte-eu-afrika-gipfel>

<sup>98</sup> Michael Müller, "Die neoliberale Politik und der grenzenlose Freihandel spalten die Welt", Rede zur G20 Protestwelle am 2.7.2017 in Hamburg, siehe: [www.naturfreunde.de/die-neoliberale-politik-und-der-grenzenlose-freihandel-spalten-die-welt](http://www.naturfreunde.de/die-neoliberale-politik-und-der-grenzenlose-freihandel-spalten-die-welt)

Eine solche Freihandelspolitik wird dazu führen, dass „die Konflikte zwischen den Ländern“<sup>99</sup> zunehmen werden und „die regionale Integration der fünf afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaften“<sup>100</sup> vor dem Ende stehen wird. Die Bundesregierung nimmt mit ihrer fatalen Freihandelspolitik bewusst in Kauf, dass eine Entwicklung vieler afrikanischer Staaten gehemmt oder sogar verhindert wird. Ein Hoffnungszeichen ist jedoch, dass sich viele afrikanische Staaten gegen diese Freihandelsabkommen wehren. So sind alle Ankündigungen der EU-Kommission, dass sie bereits im November 2017 „fünf Wirtschaftspartnerschaftsabkommen [...] mit fünf afrikanischen EPA-Regionen längst schon in der Implementierungsphase haben“<sup>101</sup> würde, zum Glück bisher gescheitert. Seit einiger Zeit jedoch erhöht die EU-Kommission den Druck auf die afrikanischen Staaten. Die EU-Kommission zwingt sie zum Abschluss von bilateralen Abkommen mit der EU. Aktuell ist dadurch die Situation entstanden, dass ökonomisch schwache Staaten wie Ghana oder Botswana durch die Verhandlungsdelegationen der EU-Kommission bearbeitet werden, bis sie ihren Widerstand gegen bilaterale Wirtschaftspartnerschaftsabkommen aufgeben und diese dann unterzeichnen.

Damit soll der Widerstand gegen die Freihandelsabkommen gebrochen werden. Die EU-Strategie des Herausbrechens einzelner afrikanischer Länder aus den ablehnenden Staaten hat das Ziel, die Zusammenarbeit innerhalb Afrikas zu erschweren. Durch den Abschluss von Freihandelsabkommen mit einzelnen Staaten aus Afrika, werden alle Versuche afrikanischer Länder, eigenständige Zusammenarbeitsabkommen für einen intraregionalen Handel zwischen den Nachbarstaaten abzuschließen, zunichtegemacht und damit eine eigenständige Entwicklung der Regionen behindert und bewusst torpediert.

Durch massiven Druck ist es der EU gelungen, seit 2009 eine Reihe von EPAs durchzusetzen und in folgenden Staaten zu implementieren: Elfenbeinküste, Ghana, Zentralafrikanische Republik, Kamerun, Mauritius, Madagaskar, Seychellen, Simbabwe, Botswana, Lesotho, Namibia, Süd-Afrika, Swasiland und der Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft (SADC).<sup>102</sup> Aufgrund der realen Machtverhältnisse ist deshalb zu erwarten, dass der Widerstand der einzelnen Länder in Afrika mittelfristig gebrochen wird, da sie den ökonomischen und politischen Druck durch die EU-Staaten nicht langfristig bestehen können. Nur wenn es gelingt, in den Hauptstaaten der EU, allen voran Deutschland und Frankreich, den politischen Druck gegen die Freihandelsabkommen zu erhöhen, haben die Regierungen und NGOs aus den Staaten des globalen Südens eine Chance, ihre Verhandlungspositionen gegenüber den Regierungen der Staaten des globalen Nordens zu verbessern.

---

<sup>99</sup> Francisco Mari, Merkel streicht EPA Debatte von EU-Afrika Gipfel, ebd.

<sup>100</sup> Ebd.

<sup>101</sup> Boniface Mabanza, Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit afrikanischen Ländern: Ausweg aus der Krise - eine Bestandsaufnahme, in: KASA - Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika, 29.11.2017, siehe: [www.kasa.de/kommentiert/detail/wirtschaftspartnerschaftsabkommen-der-eu-mit-afrikanischen-laendern-ausweg-aus-der-krise-eine-best/](http://www.kasa.de/kommentiert/detail/wirtschaftspartnerschaftsabkommen-der-eu-mit-afrikanischen-laendern-ausweg-aus-der-krise-eine-best/)

<sup>102</sup> Europäische Kommission, Putting partnership into practice - Trade Economic partnership agreements (EPAs) between the EU and African, Caribbean and Pacific (ACP) countries, Publications Office of the European Union, 2017, S.3, siehe: [http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2017/october/tradoc\\_156340.pdf](http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2017/october/tradoc_156340.pdf)

Auf dem Bundeskongress der NaturFreunde Deutschlands wurde 2017 zum Thema Freihandelspolitik beschlossen:

*„Die NaturFreunde lehnen diese Freihandelsabkommen als einen politischen und ökonomischen Irrweg ab. Diese Form der ökonomischen Globalisierung stärkt einseitig die Profite der transnationalen Konzerne und schwächt die Demokratie. Durch diese marktradikale ökonomische Unterwerfung der Welt werden die sozialen Probleme zugespitzt, Umweltkatastrophen befördert, Gewalt und Verteilungskämpfe angetrieben. Sie vertiefen die Spaltung der Welt in Nord und Süd.“<sup>103</sup>*

Im Gegensatz dazu wurde in der Abschlusserklärung zum EU-Afrika-Gipfel festgehalten:

*„Wir werden die Geschäftsbeziehungen zwischen Europa und Afrika fördern, insbesondere durch den Aufbau eines strukturierten Dialogs mit dem europäischen und afrikanischen Privatsektor und die weitere Stärkung der gegenseitig begünstigten Handelsbeziehungen zwischen der EU und Afrika. Insbesondere werden wir sicherstellen, dass die AU-EU-Handelsregelungen die Handels- und Strukturwandelagenda der Afrikanischen Union ergänzen und unterstützen, insbesondere jetzt, da sie auf die Umsetzung einer kontinentalen Freihandelszone (CFTA) hinarbeiten.“<sup>104</sup>*

Diese Politik der EU-Kommission wird durch die Außenwirtschaftspolitik der Bundesregierung ausdrücklich unterstützt. Bisher ist es in keiner politischen Konstellation auf Bundesebene in den vergangenen fünfzehn Jahren gelungen, die grundsätzliche Kritik vieler bundesdeutscher NGOs gegenüber den Freihandelsabkommen durchzusetzen und die Bundesregierung dazu zu bewegen, eine neue Außenwirtschaftspolitik gegenüber den Staaten des globalen Südens einzuschlagen. Hier gilt es als NaturFreunde anzusetzen und für eine Veränderung der Freihandelsagenda der Bundesregierung zu streiten.

Auch der Rat für Nachhaltige Entwicklung hat diese Politik deutlich kritisiert und gefordert, dass die „Handelspolitik [...] unter den Bedingungen der Agenda 2030 neu definiert werden“<sup>105</sup> muss.

---

<sup>103</sup> NaturFreunde Deutschlands, Freihandelsabkommen stoppen - für eine gerechte Weltwirtschaft, in: BESCHLÜSSE 30. Bundeskongress der NaturFreunde Deutschlands 31. März bis 2. April 2017 Nürnberg, S. 11.

<sup>104</sup> Abschlusserklärung EU-Afrika-Gipfel, Investing in Youth for Accelerated Inclusive Growth and Sustainable Development, AU-EU/Decl.1(V), 29./30.11.2017, S.11, siehe: [www.consilium.europa.eu/media/31991/33454-pr-final\\_declaration\\_au\\_eu\\_summit.pdf](http://www.consilium.europa.eu/media/31991/33454-pr-final_declaration_au_eu_summit.pdf)

<sup>105</sup> Rat für Nachhaltige Entwicklung, Für eine umfassende G20-Partnerschaft mit Afrika - Partnerschaft mit Afrika zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen: Empfehlung des Rates für Nachhaltige Entwicklung an die Bundesregierung, März 2017, S. 5, siehe: [www.nachhaltigkeitsrat.de/wp-content/uploads/migration/documents/20170328\\_RNE\\_Empfehlung\\_G20\\_und\\_Partnerschaft\\_mit\\_Afrika.pdf](http://www.nachhaltigkeitsrat.de/wp-content/uploads/migration/documents/20170328_RNE_Empfehlung_G20_und_Partnerschaft_mit_Afrika.pdf)

Dazu fordert der Rat für Nachhaltige Entwicklung in dem Papier weiter:

*„Eine neue G20-Partnerschaft mit Afrika muss insbesondere auch zur Erreichung des Zieles 10 der SDGs zum Abbau von Ungleichheit zwischen den Staaten sowie auch zu den Unterzielen 17.10 bis 17.12 zum internationalen Handel beitragen, und zwar durch die Schaffung von Rahmenbedingungen, die wiederum zum Abbau von Armut und Hunger sowie zur Herstellung der Ernährungssicherheit bei gleichzeitiger Unterstützung nachhaltiger Landwirtschaft beitragen:*

Auszug aus der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zum Thema Handel:

*„17.10 Ein universales, regelgestütztes, offenes, nichtdiskriminierendes und gerechtes multilaterales Handelssystem unter dem Dach der Welthandelsorganisation fördern, insbesondere durch den Abschluss der Verhandlungen im Rahmen ihrer Entwicklungsagenda von Doha*

*17.11 Die Exporte der Entwicklungsländer deutlich erhöhen, insbesondere mit Blick darauf, den Anteil der am wenigsten entwickelten Länder an den weltweiten Exporten bis 2020 zu verdoppeln*

*17.12 Die rasche Umsetzung des zoll- und kontingentfreien Marktzugangs auf dauerhafter Grundlage für alle am wenigsten entwickelten Länder im Einklang mit den Beschlüssen der Welthandelsorganisation erreichen, unter anderem in dem sichergestellt wird, dass die für Importe aus den am wenigsten entwickelten Ländern geltenden präferenziellen Ursprungsregeln transparent und einfach sind und zur Erleichterung des Marktzugangs beitragen.“<sup>106</sup>*

In der laufenden Legislaturperiode wird es jetzt darum gehen, die Bundesregierung für eine veränderte Außenwirtschaftspolitik durch außerparlamentarisches Handeln zu bringen. Gelingt dies nicht, werden sich die ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen für die Staaten des globalen Südens noch weiter verschlechtern. Hierbei ist die politische Debatte in Deutschland als eines der Hauptländer der EU besonders wichtig, da die bundesdeutsche Politik aufgrund der ökonomischen Macht Deutschlands die EU-Außenwirtschaftspolitik maßgeblich verändern könnte.

Die NaturFreunde haben mit den Gewerkschaften hier wichtige Verbündete. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat zu den EPAs klar Stellung bezogen:

*„Freihandel nutzt vor allem den Starken. Öffnet ein schwächerer Partner seine Märkte für einen stärkeren, hat er das Nachsehen. Das zeigen die sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit verschiedenen Staatengemeinschaften in Afrika. [...] Mit Partnerschaft auf Augenhöhe haben diese „Economic partnership agreements“ (EPA) wenig zu tun - vielmehr nutzt der Freihandel vor allem dem wirtschaftlich stärkeren Partner, also der*

---

<sup>106</sup> Die Positionen für eine nachhaltige Entwicklung zum Thema Handel finden sich unter: Vereinte Nationen, Generalversammlung, Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, A/70/L.1, 18.09.2015, siehe: [www.un.org/depts/german/gv-70/a70-l1.pdf](http://www.un.org/depts/german/gv-70/a70-l1.pdf)

*EU. Während die afrikanischen Staaten für ihre Exportgüter, vor allem Rohstoffe oder landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Kakao, nur geringe Preise erreichen, bedrohen mit dem Wegfall der Zölle billige Massenwaren und subventionierte Lebensmittel aus der EU die Wirtschaft und die Arbeitsplätze in den afrikanischen Staaten. Um Afrikas Länder in diese Abkommen zu drängen, legt die EU gern die Daumenschrauben an. Den Ländern des südlichen Afrikas hat sie ein Ultimatum gesetzt. Sollten sie bis Oktober das Abkommen nicht ratifizieren, will die EU bestehende Handelsbegünstigungen entziehen.*

*In einem Brief an die EU-Parlamentarier haben afrikanische Gewerkschaften gemeinsam unter anderem mit dem IGB und dem EGB dieses Vorgehen der EU scharf kritisiert. Es sei nicht hinnehmbar, dass die EU ausgerechnet auf einige der ärmsten Länder der Welt einen solchen Druck ausübe. Die im Abkommen enthaltene Entwicklungskomponente reiche nicht aus.<sup>107</sup>*

---

<sup>107</sup> DGB, IGB kritisiert Freihandel mit afrikanischen Staaten, in: [dgb.de](http://dgb.de), 26.09.2016, siehe: [www.dgb.de/themen/++co++6d0e38a0-83ea-11e6-9c59-525400e5a74a](http://www.dgb.de/themen/++co++6d0e38a0-83ea-11e6-9c59-525400e5a74a)

## 6. „Reformpartnerschaften“ – ein neoliberales Instrument zur Durchsetzung von Privatisierung und Deregulierung

Bereits beim G20-Gipfel in Hamburg wurden in Bezug auf die Zusammenarbeit mit den Staaten Afrikas sogenannte Reformpartnerschaften beschlossen. Ziel dieser Maßnahmen ist, klare Forderungen an afrikanische Staaten zu stellen, bevor sie weiterhin finanzielle Hilfe bekommen. Die Bundesregierung kündigte dabei an, „Ghana, Elfenbeinküste und Tunesien stärker [zu] unterstützen - im Gegenzug für Reformen“<sup>108</sup>. Entwicklungshilfeminister Müller hat dabei die Zielrichtung klar aufgezeigt: „Entwicklungszusammenarbeit lässt sich ausgezeichnet mit verantwortungsvollem privatwirtschaftlichem Engagement verbinden.“<sup>109</sup>

Der BDI hat seine Forderungen an die afrikanischen Regierungen klar umrissen:

*„Der BDI erwartet von den afrikanischen Regierungen Anstrengungen für die Schaffung wirtschaftsfreundlicher Rahmenbedingungen und eines investitionsfreundlichen Klimas. Dazu zählen aus Sicht der deutschen Industrie insbesondere die folgenden fünf Aspekte:*

1. *eine gut ausgebaute physische Infrastruktur (Straßen, Häfen, Flughäfen, Elektrizität, Wasser, Informations- und Kommunikationsinfrastruktur),*
2. *ein förderliches Investitionsklima,*
3. *Rechtssicherheit,*
4. *gute Regierungsführung (good governance) sowie*
5. *gut ausgebildete Fach- und Führungskräfte.*

*Der BDI bestärkt die Bundesregierung, sich weiterhin im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit für die Verbesserung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und des Investitionsklimas in Afrika einzusetzen.“<sup>110</sup>*

Hierbei geht es vor allem darum, dass die Länder Afrikas auch für private Investoren attraktiver werden sollen. Auch der von Entwicklungsminister Gerd Müller vorgestellte „Marshallplan“ hat vor allem das Ziel, „privatwirtschaftliches Engagement“<sup>111</sup> für europäische Unternehmen zu erleichtern und eine Privatisierungs- und Deregulierungsinitiative in den afrikanischen Ländern zu befördern. Dem Interessenverband der transnationalen bundesdeutschen Unternehmen, die Afrika vor allem

---

<sup>108</sup> EURACTIV mit AFP, EU-Afrika-Gipfel: Merkel und Macron gemeinsam für Migrationsabkommen mit Afrika, in: EURACTIV, 28.11.2017, siehe: [www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/eu-afrika-gipfel-merkel-und-macron-gemeinsam-fuer-migrationsabkommen-mit-afrika/](http://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/eu-afrika-gipfel-merkel-und-macron-gemeinsam-fuer-migrationsabkommen-mit-afrika/)

<sup>109</sup> Bundesverband der deutschen Industrie, BDI-Strategie Subsahara-Afrika - Chancenkontinent Afrika, a.a.O., S. 11.

<sup>110</sup> Ebd.

<sup>111</sup> EURACTIV mit AFP, EU-Afrika-Gipfel: Merkel und Macron gemeinsam für Migrationsabkommen mit Afrika, ebd.

als Exportmarkt für Anlagenbau und Fertigwaren oder Importmarkt für billige Rohstoffe sehen, ist das bei weitem nicht genug. Er kritisierte die deutschen Unternehmen, dass sie sich „im Vergleich mit den internationalen Konkurrenten [...] bislang leider spürbar zurück[halten]“.<sup>112</sup>

Die EU-Kommission geht davon aus, dass sich die Bevölkerung in Afrika „bis zum Jahr 2050 auf etwa 2,4 Milliarden Menschen fast verdoppeln könnte“<sup>113</sup>. Um dies zu bewältigen, müssten „rund 18 Millionen Arbeitsplätze pro Jahr geschaffen werden“<sup>114</sup>. Da die Analysen der EU davon ausgehen, dass ein solches Ziel durch die bisherige Entwicklungshilfe nicht erreicht werden könne, setzt die EU vor allem auf die Förderung von privaten Investitionen. Dafür will die EU-Kommission „privates wirtschaftliches Engagement auf dem Nachbarkontinent in Höhe von bis zu 44 Milliarden Euro absichern“<sup>115</sup>.

Kommentatoren weisen auf angebliche „Probleme der Demografie“ hin, da „schon in weniger als 20 Jahren [...] Europa der „älteste Kontinent“ und „Afrika aber der jüngste - mit einem Durchschnittsalter von etwa 20 Jahren“ sein werde. Deswegen müsse schnellstens wirtschaftliches Wachstum organisiert werden. Zu befürchten sei, dass, „wenn [sich] die wirtschaftliche Lage nicht verbessert [...] Millionen von Menschen als Flüchtlinge auf den Weg nach Norden machen“<sup>116</sup> könnten.

Der BDI hat seine Forderungen an die Bundesregierung klar aufgezeigt:

*„Der BDI befürwortet eine intensivere Kooperation von Entwicklungszusammenarbeit und Außenwirtschaftsförderung auch in Deutschland, sowie auf EU-Ebene. Das Afrika-Konzept der Bundesregierung ist ein Schritt in die richtige Richtung, allerdings sollte die Rolle der deutschen Industrie von Seiten der Regierung stärker betont und gefördert werden. [...] Der BDI empfiehlt der Bundesregierung, die deutsche Wirtschaft verstärkt bei Projekten zu unterstützen [...]“<sup>117</sup>*

In der Abschlusserklärung zum EU-Afrika-Gipfel werden diese Interessen mit schönen Worten umschrieben:

*„Wir sind uns darin einig, dass dringend Anstrengungen unternommen werden müssen, um das Investitions- und Geschäftsklima zu verbessern sowie verantwortungsvolle und nachhaltige Investitionen in Afrika und Europa zu ermöglichen und zu verstärken. In diesem Sinne begrüßen wir den Start des Europäischen Investitionsplans für Europa und der G20-Afrika-Partnerschaft, die zur Finanzierung und Förderung von Investitionen des Privatsektors in Afrika beitragen werden.“<sup>118</sup>*

---

<sup>112</sup> Ebd.

<sup>113</sup> Damir Fras, Strategie gesucht: Europa fürchtet Völkerwanderung aus Afrika, in: Berliner Zeitung, 28.11.2017, siehe: [www.berliner-zeitung.de/28969712](http://www.berliner-zeitung.de/28969712)

<sup>114</sup> Ebd.

<sup>115</sup> Ebd.

<sup>116</sup> Ebd.

<sup>117</sup> Bundesverband der deutschen Industrie, BDI-Strategie Subsahara-Afrika - Chancenkontinent Afrika, a.a.O., S. 20.

<sup>118</sup> Abschlusserklärung EU-Afrika-Gipfel, Investing in Youth for Accelerated Inclusive Growth and Sustainable Development, a.a.O., S. 2.

Weiter in der Abschlusserklärung:

*„Wir verpflichten uns, verantwortungsvolles und nachhaltiges öffentliches und privates Kapital zu fördern. In diesem Sinne begrüßen wir die Einleitung des Europäischen Außeninvestitionsplans als integralen Finanzierungsmechanismus und die Auflage von Risikoinstrumenten, um Investitionen von Finanzinstitutionen und dem Privatsektor zu ergänzen [...] Wir erkennen auch voll und ganz an, dass es notwendig ist, größere Anstrengungen zu unternehmen, um den richtigen Geschäftsrahmen zu schaffen, um verantwortungsvolle und nachhaltige Investitionen anzuziehen. Wir werden unsere Bemühungen für Unternehmer, kleine und mittlere Unternehmen und Start-ups fördern [...] Wir verpflichten uns, die Umsetzung der Afrikanischen Initiative für erneuerbare Energien (AREI) fortzusetzen, indem wir unter anderem die Vertiefung der Partnerschaft zwischen dem europäischen und dem afrikanischen Privatsektor sowie das Engagement des öffentlichen und des privaten Sektors beider Kontinente unterstützen [...].“<sup>119</sup>*

In der Erklärung wird vor allem „die alte Logik der Strukturanpassungsprogramme à la Internationaler Währungsfonds“<sup>120</sup> weiter propagiert. Die „Rahmenbedingungen via Liberalisierung oder Privatisierung“<sup>121</sup> sollen weiter verbessert werden „und dann purzeln die Investitionsmilliarden“<sup>122</sup>. Diese Politik reiht sich in die Forderungen des G20-Gipfels ein, der mit seinem Programm „Compact with Africa“ ähnliche Vorschläge unterbreitet hat. Mit der vorgelegten Erklärung wird „der Schwerpunkt auf die Förderung von Privatinvestitionen statt auf klassische Entwicklungshilfe gesetzt“.<sup>123</sup>

In der Abschlusserklärung wird einseitig auf die Förderung des Privatsektors abgehoben. Zwar erscheint in dem Papier der private Sektor der afrikanischen Staaten gleichberechtigt mit den Privatsektor aus den Staaten des globalen Nordens, aufgrund der realen finanziellen Möglichkeiten und der fehlenden Finanzierungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen aus den betroffenen Ländern sind diese Aussagen aber lediglich eine Umschreibung der Öffnung der afrikanischen Märkte für europäische Investoren. Damit werden Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen wie die Privatisierung von Energie-, Wasser- und Abwasserversorgung, des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und weiterer öffentlicher Verkehrsmittel vorbereitet. Gleichzeitig sollen die Investitionsbedingungen für transnationale Touristikunternehmen und global agierende Banken und Investoren verbessert werden. Durch die Festschreibung von internationalen Schiedsgerichtsverfahren werden die Länder Afrikas weiter unter Druck gesetzt, ihre Märkte für die Gewinninteressen der globalen Player aus der EU zu öffnen.

Diesem Fetisch der Privatisierung lehnen die NaturFreunde ab und unterstützen ihre afrikanischen Partnerorganisationen bei ihrem Einsatz für eine soziale und öffentliche Daseinsvorsorge.

---

<sup>119</sup> Abschlusserklärung EU-Afrika-Gipfel, Investing in Youth for Accelerated Inclusive Growth and Sustainable Development, a.a.O., S. 11.

<sup>120</sup> Helmut Asche, Europa muss Afrika entgegenkommen, in: Neues Deutschland, 29.11.2017, siehe:

[www.neues-deutschland.de/artikel/1071647.eu-afrika-gipfel-europa-muss-afrika-entgegenkommen.html](http://www.neues-deutschland.de/artikel/1071647.eu-afrika-gipfel-europa-muss-afrika-entgegenkommen.html)

<sup>121</sup> Ebd.

<sup>122</sup> Ebd.

<sup>123</sup> Ebd.

## 7. Migrationspolitik der EU gegen die Interessen der Staaten Afrikas

Der EU-Afrika-Gipfel 2017 war vor allem auch ein „Migrationsgipfel“. Ziel der EU-Verhandler\_innen war, die Zuwanderung aus Afrika möglichst zu verhindern und die Staaten Afrikas dazu zu bringen, ihre innerafrikanischen Grenzen zu schließen und weitere Migration nach Europa möglichst zu unterbinden. Bundesentwicklungshilfeminister Gerd Müller fordert als Ergebnis des Gipfels vor allem auch „Migrationszentren in afrikanischen Ländern“<sup>124</sup> und will damit die Folgen der zunehmenden Migrationsgründe auf die Staaten Afrikas verlagern. Ziel sei, „im nächsten Jahr bis auf zehn Migrationszentren“<sup>125</sup> in den Herkunftsländern der Migrant\_innen aufzubauen. Gleichzeitig will er mit einem gezielten Rückführungsprogramm dafür sorgen, dass die Geflüchteten aus Afrika mit Geldbeträgen zur schnellen Ausreise aus Deutschland genötigt werden können.<sup>126</sup> Das Ziel, flüchtende Menschen gar nicht mehr in den Staaten der EU ankommen zu lassen, oder wenn sie den gefährlichen Weg in einen Staat der EU geschafft haben, diese möglichst schnell wieder abschieben zu können, soll auch durch eine italienische Initiative, welche „die Einrichtung von Flüchtlingslagern in Niger und im Tschad“<sup>127</sup> plant, vorangebracht werden.

In der Abschlusserklärung des EU-Afrika-Gipfels wurden die Forderungen der EU-Staaten klar festgeschrieben:

*„Unser Ziel ist es, einen positiven und konstruktiven und multidimensionalen Migrationsansatz zu fördern, der sicher, geordnet und regelmäßig abläuft. [...] Wir bekunden unser starkes politisches Engagement für die Bekämpfung der Ursachen von irregulärer Migration und von Zwangsvertreibungen. Wir betonen, wie wichtig es ist, die irreguläre Migration im Geiste einer echten Partnerschaft und geteilten Verantwortung effektiv zu bewältigen, wobei das nationale Recht, das Völkerrecht und die Verpflichtungen in Bezug auf die Menschenrechte uneingeschränkt beachtet werden müssen, um das Entwicklungspotenzial für Afrika und Europa zu maximieren.“<sup>128</sup>*

Weiter in der Abschlusserklärung:

*„[...] und bekräftigen unser gemeinsames Engagement für die Entwicklung solider, ausgewogener und integrativer globaler Abkommen über Migration und Flüchtlinge, die die Zusammenarbeit zwischen den Herkunfts-, Transit- und Zielländern weiter stärken; [...].“*

<sup>124</sup> Christoph Prössl, „Flüchtlinge sollen nicht als Loser zurück“, Interview mit Bundesentwicklungshilfeminister Gerd Müller, in: tageschau.de, 28.11.2017, siehe: [www.gk-edv-dienstleistungen.de/inland/mueller-afrika-eu-101.html](http://www.gk-edv-dienstleistungen.de/inland/mueller-afrika-eu-101.html)

<sup>125</sup> Ebd.

<sup>126</sup> Ebd.

<sup>127</sup> German Foreign Policy, Europas Wüstengrenze (II), in: [german-foreign-policy.com](http://german-foreign-policy.com), 24.05.2017, siehe: [www.german-foreign-policy.com/news/detail/7304/](http://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7304/)

<sup>128</sup> Abschlusserklärung EU-Afrika-Gipfel, Investing in Youth for Accelerated Inclusive Growth and Sustainable Development, a.a.O., S. 3, (eigene Übersetzung).

*Wir bekunden unser starkes politisches Engagement, die Ursachen der irregulären Migration anzugehen und die Migration im Geiste echter Partnerschaft, gemeinsamer Verantwortung und unter uneingeschränkter Achtung der internationalen Gesetze und Verpflichtungen sowie der Menschenrechte so zu gestalten [...].*

*Wir betonen, dass wir gefährliche Reisen verhindern und Leben retten müssen, indem wir Menschensmuggel und Menschenhandel bekämpfen und die irreguläre Migration abhalten [...].*

*Wir betonen, wie wichtig es ist, gemeinsam und zügig an allen Aspekten der irregulären Migration [...] einschließlich Rückführung, Rückübernahme und Wiedereingliederung eigener Staatsangehöriger im Einklang mit internationalem Recht und internationalen Standards, zu arbeiten. [...].<sup>129</sup>*

Die EU hat damit in der Abschlusserklärung des EU-Afrika-Gipfels 2017 den afrikanischen Ländern ihre Sicht der Dinge aufgezwungen und Positionen zur weiteren Abschottung der EU-Staaten und einem weiteren Ausbau von Migrationsabwehr in den Abschlusstext festgeschrieben. In keiner akzeptablen Weise wurden die Hinweise der afrikanischen Kongressteilnehmenden und der anwesenden NGOs aufgegriffen, dass auch ein Versprechen, die Fluchtursachen bekämpfen zu wollen, für die nächsten Jahre keine spürbare Entlastung für die Menschen bringen wird, die aufgrund ihrer Lebenssituation nur einen Ausweg in der Flucht sehen. Die EU will jedoch die Flucht- und Migrationsbewegungen auf Binnenflüchtlinge und höchstens auf Fluchtbewegungen innerhalb von Afrika beschränken. Dies ist mit einer an Menschenrechten ausgerichteten humanitären Flüchtlingspolitik nicht zu vereinbaren.

Der Kongress der Naturfreunde Internationale (NFI) 2011 hat dazu beschlossen:

*„Flucht und Migration sind die Folge dieser dramatischen Entwicklung. Laut einer kürzlich veröffentlichten Studie der UNIDO werden in den nächsten Jahren mehr als 400 Millionen junge Afrikaner und Afrikanerinnen auf den Arbeitsmarkt drängen und eine Perspektive suchen. Wenn in der globalen Wirtschaft-, Finanz- und Entwicklungspolitik nicht drastisch umgesteuert wird, so droht uns eine weltweite humanitäre Katastrophe, die bisherige Entwicklungen in den Schatten stellen wird.“<sup>130</sup>*

Die NaturFreunde erwarten von der herrschenden Politik, dass sie die Abschottungsoffensive an den EU-Außengrenzen, die zu einer ständig zunehmenden Militarisierung der EU-Außengrenzen geführt hat, beendet und endlich sichere Fluchtkorridore für Menschen in Not schafft.

Es ist mehr als zynisch, wenn in der Abschlusserklärung festgehalten wurde, das Ziel der Migrationspolitik sei, die „gefährlichen Reisen“ zu verhindern. Die EU zwingt jedoch Menschen auf der Flucht durch ihre Abschottungspolitik zu immer gefährlicheren Routen und führt die Menschen in ihrer Not direkt zu den Menschensmugglern. Mit der Schließung der sogenannten „Balkanroute“

<sup>129</sup> Ebd., S. 11-13, (eigene Übersetzung).

<sup>130</sup> Naturfreunde Internationale, Naturfreunde fordern eine nachhaltige Klima- und Wirtschaftspolitik für Afrika, a.a.O., S. 2.

und fehlenden legalen Einreisemöglichkeiten in die Staaten der EU wurden die Flüchtenden gezwungen, ihre Flucht über das Mittelmeer weiterzuführen. Durch diese Politik tragen die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten direkte Mitverantwortung für das Massensterben im Mittelmeer.

In keiner Weise sind die EU-Kommission und die Regierungen in den Mitgliedstaaten der EU bereit, Fluchtursachen wirklich zu bekämpfen. Durch die neoliberalen Freihandelsabkommen und die neoliberale Außenhandelspolitik werden in den Staaten Afrikas viele Millionen Menschen in Armut und Perspektivlosigkeit gelassen und die Zerstörung der heimischen Märkte und der kleinbäuerlichen Betriebe bewusst in Kauf genommen. Die fehlenden ökonomischen Perspektiven zwingen jedoch immer mehr Menschen in die Flucht, befeuern Krisen und Kriege und fördern einzig eine kleine korrupte Minderheit, die mit den transnationalen Unternehmen und den Staaten des globalen Nordens Verträge zu ihren Gunsten schließt. Alle negativen Auswirkungen auf die soziale und ökonomische Entwicklung in den betroffenen Volkswirtschaften werden von diesen Profiteuren billigend in Kauf genommen.

Auf dem Bundeskongress der NaturFreunde Deutschlands 2017 wurde dazu klar Stellung bezogen:

*„Angesichts der großen Zahl der zu uns geflüchteten Menschen äußern wir, die NaturFreunde Deutschlands als ein Verband, der sich schon immer gegen den Krieg gewandt hat, uns zu den Ursachen von Krieg, Not, Elend und Flucht. Wir sehen die Ursachen dafür auch bei uns in der Bundesrepublik Deutschland.*

*Durch eine verfehlte Entwicklungspolitik und eine wenig verantwortungsvolle Wirtschaftsaktivität der westlichen Welt werden in der dritten Welt zunehmend Interessenskonflikte produziert, die oft genug in kriegerische Auseinandersetzungen unter Beteiligung der europäischen Rüstungsindustrie einmünden. Krieg verursacht Hunger, Hunger produziert Flucht. Die NaturFreunde fordern deshalb Hilfe zur Entwicklung, statt Waffen zur Vernichtung. Deutschland gehört zu den größten Waffenexporteuren der Welt. Viele Unternehmen aus Deutschland verdienen am Rüstungsexport. Wir fordern jedoch ein Ende der Rüstungsexporte.*

*Ebenso sehen wir in den zahlreichen Interventionen ausländischer Mächte in den Krisenregionen eine der wesentlichen Ursachen für das Entstehen von Krieg, Not, Elend und Flucht.*<sup>431</sup>

---

<sup>131</sup> NaturFreunde Deutschlands, Rüstungsexporte verbieten, Fluchtursachen bekämpfen, in: BESCHLÜSSE 30. Bundeskongress der NaturFreunde Deutschlands 31. März bis 2. April 2017 Nürnberg, S. 34, siehe: [www.naturfreunde.de/sites/default/files/attachments/nfdbk\\_2017\\_beschlusseft.pdf](http://www.naturfreunde.de/sites/default/files/attachments/nfdbk_2017_beschlusseft.pdf)

## 8. Klimawandel verhindern – Klimaflucht als Asylgrund anerkennen

Der EU-Afrika-Gipfel 2017 hat sich auch mit dem Klimawandel beschäftigt. In der Abschlusserklärung wurde dabei auf die Klimaschutzziele des Pariser Klimagipfels eingegangen und festgehalten, dass sich die Staaten „zur vollständigen Umsetzung des Pariser Übereinkommens“ verpflichten. Dies klingt auf den ersten Blick sehr positiv. Die Realität sieht jedoch völlig anders aus. Schon der 2007 vom Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) „vorgelegte 4. Sachstandsbericht“ beschrieb in aller Deutlichkeit weltweit die negativen Auswirkungen des Klimawandels. Er konstatierte, dass im globalen Durchschnitt keine Emissionsreduktion an Treibhausgasen erzielt wurde<sup>132</sup>.

Der bundesdeutschen Klimapolitik droht „ein klimapolitisches Debakel: Das Ziel, die Treibhausgase bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren, ist ohne ein kleines Wunder nicht mehr zu erreichen. Im Gegenteil: Im Wahljahr 2017 sind die nationalen Treibhausgasemissionen gestiegen, statt zu sinken“<sup>133</sup>. Ende Januar 2018 wurde bekannt, dass auch die von Deutschland verbindlich angekündigten EU-Klimaziele 2020 nicht mehr einzuhalten sind. So werden die bereits von der Großen Koalition im Jahr 2007 „beschlossene 2020er Zielmarke von minus 40 Prozent CO<sub>2</sub> praktisch nicht mehr zu schaffen“<sup>134</sup> sein. Doch damit nicht genug: „Nun folgte die zweite Schlappe mit Ankündigung: Die von der EU für die Bereiche Verkehr, Gebäude und Landwirtschaft vorgegebenen Klimaziele für 2020 sind ebenfalls praktisch außer Reichweite.“<sup>135</sup>

Deshalb sind Erklärungen, die eine vollständige Umsetzung des Pariser Übereinkommens versprechen, ohne konkrete Maßnahmen in der Energie- und Verkehrspolitik in den Staaten des globalen Nordens zu ergreifen, nichts als schöne Worte. Die bisherigen Bundesregierungen weigern sich seit Jahren, ein verbindliches Kohleausstiegsgesetz zu beschließen, das eine schnellstmögliche Dekarbonisierung der bundesdeutschen Energieversorgung voranbringt. Auch in der Verkehrspolitik setzen die verschiedenen Bundesregierungen weiterhin auf den motorisierten Individualverkehr und eine Unterstützung von Exporten von klimaschädlichen Kraftfahrzeugen.

In der Abschlusserklärung zum EU-Afrika-Gipfel wurde festgelegt:

*„Wir verpflichten uns zur vollständigen Umsetzung des Pariser Übereinkommens und des in der COP22 angenommenen Aktionsplans unter Berücksichtigung der in Kopenhagen (2009) eingegangenen Verpflichtungen zur Klimafinanzierung mit dem Ziel, bis 2020 100 Mrd. US-*

---

<sup>132</sup> Michael Müller, Joachim Nibbe, Kai Niebert, Christine Eben (2017): Unter zwei Grad? Klimaschutz und COP23, in: NaturFreunde Deutschlands, Oktober 2017, S. 14, siehe:

[www.naturfreunde.de/sites/default/files/attachments/nfd-positionspapier\\_unter-2-grad\\_cop23.pdf](http://www.naturfreunde.de/sites/default/files/attachments/nfd-positionspapier_unter-2-grad_cop23.pdf)

<sup>133</sup> Kai Niebert, Das Klima-Sofortprogramm für die neue Regierung, in: NaturFreunde Deutschlands, 30.11.2017, siehe:

[www.naturfreunde.de/das-klima-sofortprogramm-fuer-die-neue-regierung](http://www.naturfreunde.de/das-klima-sofortprogramm-fuer-die-neue-regierung)

<sup>134</sup> Joachim Wille, Völlig neben der Spur, in: Frankfurter Rundschau, 26.01.2018, siehe:

[www.fr.de/wirtschaft/klimapolitik-voellig-neben-der-spur-a-1434347](http://www.fr.de/wirtschaft/klimapolitik-voellig-neben-der-spur-a-1434347)

<sup>135</sup> Ebd.

*Dollar pro Jahr zu erreichen, um die Entwicklungsländer zu unterstützen als Reaktion auf den Klimawandel. Wir verpflichten uns auch, in Klimaschutz und -anpassung, Katastrophenrisikomanagement und -reduzierung sowie in die nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen und Ökosysteme zu investieren. Zu diesem Zweck verpflichten wir uns, auch auf globaler Ebene gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen.*<sup>436</sup>

Die in der Abschlusserklärung festgeschriebenen 100 Mrd. US-Dollar werden bei weitem nicht ausreichen, um die dramatischen Folgen des Klimawandels auch nur annähernd abmildern zu können. Schon heute werden durch die Klimaveränderungen und die dadurch ausgelösten Extremwetterlagen nahezu „jeden Tag Menschen [getötet], schwere Schäden an[gerichtet], die Infrastruktur lahm[gelegt] und umweltbedingte Migration weltweit“<sup>137</sup> verursacht. Der fortschreitende Klimawandel zerstört die Existenzgrundlagen der Kleinbäuer\_innen im globalen Süden. Hier haben die Staaten des globalen Nordens als Hauptverursacher des Klimawandels eine historische Klimaschuld. Nach Angaben des Umweltprogrammes der UN werden bis 2030 allein die Anpassungskosten für die Klimafolgen in den Ländern des globalen Südens bei 150 Milliarden US-Dollar pro Jahr liegen. Im Jahr 2050 werden diese Kosten auf 250 bis 500 Milliarden US-Dollar ansteigen.

Die NaturFreunde haben im Oktober 2017 mit dem Deutschen Naturschutzring und 60 weiteren Organisationen der neuen Bundesregierung ein klimapolitisches Sofortprogramm überreicht, mit dem sich die menschengemachte Klimastörung stoppen ließe. Darin enthalten sind unter anderem diese Forderungen:

- *„Deutschland kann nicht Energiewendeland sein und Kohleland bleiben. Das Klimaschutzziel der Bundesregierung, 40 Prozent Kohlendioxid bis zum Jahr 2020 einzusparen, ist nur durch die Stilllegung der Hälfte der Kohlekraftwerke zu erreichen.*
- *Der Ausbau erneuerbarer Energien muss nach Jahren des Bremsens beschleunigt werden. Für den Klimaschutz müssen wir den Zubau der Windkraft mehr als verdoppeln und den der Fotovoltaik verzehnfachen.*
- *Damit die Vollversorgung mit erneuerbaren Energien naturverträglich, ressourcenschonend und kostengünstig gelingt, müssen wir Energie einsparen. Ein Umbau des Stromsystems kann die Kosten um mehr als 20 Milliarden Euro jährlich senken.*
- *Der Gütertransport und unsere Mobilitätsgewohnheiten sind seit Langem ein Kernproblem des deutschen Klimaschutzes. Klar ist: Die Mobilitätswende ist ein Generationenprojekt, für das die neue Bundesregierung umgehend die Weichen stellen muss. Der Verbrennungsmotor ist kein Modell der Zukunft.*

---

<sup>136</sup> Abschlusserklärung EU-Afrika-Gipfel, Investing in Youth for Accelerated Inclusive Growth and Sustainable Development, a.a.O., S. 4, (eigene Übersetzung).

<sup>137</sup> Kai Niebert, Das Klima-Sofortprogramm für die neue Regierung, ebd.

- *Ohne eine Wärmewende in Gebäuden und der Industrie sind die Klimaschutzziele nicht einzuhalten. Dazu bedarf es Effizienzverbesserungen, einen Ausbau erneuerbarer Wärme und eine Elektrifizierung mit Wärmepumpen.*<sup>138</sup>

Die NaturFreunde Deutschlands fordern deshalb als zentrales Ziel deutscher Klimapolitik, Klimagerechtigkeit durchzusetzen. Um dies zu fördern werden die NaturFreunde eine Kampagne für Klimagerechtigkeit starten. Im Jahr 2018 werden die NaturFreunde „eine Informations- und Sensibilisierungsreihe zum Thema Klimagerechtigkeit“<sup>139</sup> durchführen. „Kern der NaturFreunde-Aktivitäten wird die Verdeutlichung der Zusammenhänge zwischen dem Lebensstil in der industrialisierten Welt und den Auswirkungen der daraus entstehenden Klimastörung insbesondere im Globalen Süden sein.“<sup>140</sup> Ziel ist, die Nord-Süd-Kooperation im Verband weiterzuentwickeln und das Thema Klimagerechtigkeit noch mehr als bisher in die Arbeit der NaturFreunde einfließen zu lassen.

Der Kongress der Naturfreunde Internationale (NFI) 2011 forderte:

*„Die wesentlichen Forderungen der Naturfreunde an die Industrie- und Schwellenländer sind:*

1. *Die Verpflichtung zu völkerrechtlich verbindlichen Klimaschutzmaßnahmen. Dabei ist die Festlegung auf das international anerkannte Ziel einer globalen Erwärmung um 2 Grad Celsius Ausdruck eines Versagens der Weltgemeinschaft beim Klimaschutz, denn schon diese Erwärmung bedeutet eine erhebliche Reduktion der Ernteerträge vor allem im südlichen Afrika. Die Naturfreunde fordern deshalb die Anstrengungen zu verstärken. Die Europäische Union ist aufgefordert, ihr CO<sub>2</sub>-Reduktionsziel für das Jahr 2020 unilateral von 20 % auf 30 % zu erhöhen und bei der kommenden Klimakonferenz in Durban/Südafrika eine Vorreiterrolle einzunehmen.*
2. *Die Wirksamkeit von flexiblen Klimaschutzmechanismen, wie z.B. der Clean Development Mechanismen oder das EU-Emissionshandelssystem, muss verbessert werden. Klimaschutzprojekte müssen tatsächliche und zusätzliche Reduktionen von Treibhausgasemissionen sicherstellen und an ökologische und soziale Verträglichkeitskriterien gebunden werden.*
3. *Eine nachhaltige Energiepolitik ist ein Schlüsselement im globalen Klimaschutz. Die Energieproduktion aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse muss umfassend gefördert und an die Einhaltung allgemeiner Nachhaltigkeitskriterien gebunden werden. Der Atomenergie muss wegen der hohen Risiken auch im Zusammenhang mit Klimaschutz eine klare Absage erteilt werden.*

---

<sup>138</sup> Ebd.

<sup>139</sup> Katja Plume, Neues NaturFreunde-Projekt "Gemeinsam für Klimagerechtigkeit", in: NaturFreunde Deutschlands, 04.12.2017, siehe: [www.naturfreunde.de/neues-naturfreunde-projekt-gemeinsam-fuer-klimagerechtigkeit](http://www.naturfreunde.de/neues-naturfreunde-projekt-gemeinsam-fuer-klimagerechtigkeit)

<sup>140</sup> Ebd.

4. *Förderung und Finanzierung von Maßnahmen in Afrika zur Anpassung an den Klimawandel (Bewässerung, Wald- und Mangrovenpflanzungen und Schutz vor Küsten- und Bodenerosion).*
5. *Einstellung der Exportförderung für landwirtschaftliche Produkte.*
6. *Förderung einer effizienten Agrarwirtschaft in Afrika sowie entsprechende Bildungsmaßnahmen für die einheimische Bevölkerung.*
7. *Weltweite Beschränkung des Fischfangs und Ausweisung von großflächigen Meeresschutzgebieten zur Erholung der Fischbestände insbesondere an den Küsten Afrikas<sup>441</sup>*

---

<sup>141</sup> Naturfreunde Internationale, Naturfreunde fordern eine nachhaltige Klima- und Wirtschaftspolitik für Afrika, a.a.O., S.3.

## 9. Landgrabbing bekämpfen - Kleinbäuer\_innen schützen

Land hat sich heute zu einem begehrten Spekulations- und Investitionsobjekt entwickelt. „Großinvestitionen von über 1000 Hektar“<sup>142</sup> sind dabei zwischenzeitlich für die internationalen Investoren normal geworden. Kritiker\_innen dieser Entwicklung gehen davon aus, dass seit 2007 zwischen „43 bis zu 200 Millionen Hektar Land [...] an ausländische Regierungen, an Finanzakteure, Konzerne und Privatpersonen verkauft oder verpachtet“<sup>143</sup> wurde. Die Menschenrechtsorganisation FIAN beziffert die Fläche auf „etwa 50 Millionen bis 220 Millionen Hektar Land“<sup>144</sup> und weist darauf hin, dass es in der „gesamten EU etwa 180 Millionen Hektar Ackerland“ gibt. Aide Memoire analysiert, dass es auffallend sei, „dass ein erheblicher Teil dieser Investitionen transnational getätigt“<sup>145</sup> werde. Von dieser Fläche lägen „schätzungsweise zwei Drittel in Subsahara-Afrika“<sup>146</sup>. Nach Daten der Initiative „Land Matrix“ wurden in den vergangenen Jahren „mehr als zehn Millionen Hektar Land [...] gekauft oder gepachtet. Insgesamt sind in der Land-Matrix-Datenbank mehr als 1.000 großflächige Investitionen erfasst, die Spannweite reicht von 200 Hektar bis über 200.000 Hektar. Zum Vergleich: Ein deutscher Bauernhof ist durchschnittlich knapp 60 Hektar groß, ein afrikanischer ein bis zwei Hektar.“<sup>147</sup> Auf den erworbenen Großplantagen werden „häufig Palmöl oder Zuckerrohr angebaut, meist für den Export“<sup>148</sup>. In den Staaten der EU wird Palmöl dann als „Rohstoff für die Ernährungs- und Kosmetikindustrie, Zuckerrohr für sogenannte Biokraftstoffe“<sup>149</sup> eingesetzt.

Diese Entwicklung ist für die Staaten Afrikas südlich der Sahara katastrophal. In der Region ist „Landwirtschaft [...] die vorherrschende Art der Landnutzung“<sup>150</sup> und „mehr als 60 % der Bevölkerung in Afrika südlich der Sahara hängen für ihren Lebensunterhalt von der Landwirtschaft ab“<sup>151</sup>. Dabei spielen die Frauen „eine ganz zentrale Rolle in der landwirtschaftlichen Erzeugung“<sup>152</sup>, da sie „80 % der Volksnahrungsmittel [...] pflanzen und ernten“<sup>153</sup>. Mit dem zunehmenden Landraub werden deshalb vor allem auch Frauen um ihren einzigen Lebensunterhalt gebracht und die Ernährung der Familien gefährdet.

---

<sup>142</sup> Aide Memoire, Landpolitik und Landkonflikte, Thesenpapier von Brot für die Welt, Vereinigte evangelische Mission, FIAN, Mireor, anlässlich des Gespräches des Forums Menschenrechte mit Außenminister Westerwelle, 6. Oktober 2011, S. 1

<sup>143</sup> Brot für alle, Die Gier nach Land, ohne Datum, siehe: <https://brotfueralle.ch/thema/land-grabbing/>

<sup>144</sup> FIAN Deutschland, Landgrabbing: Investitionen in den Hunger, ohne Datum, siehe: [www.fian.de/themen/landgrabbing/](http://www.fian.de/themen/landgrabbing/)

<sup>145</sup> Aide Memoire, Landpolitik und Landkonflikte, a.a.O., S. 1.

<sup>146</sup> Ebd.

<sup>147</sup> Marion Aberle, Land ist das neue Öl, für: Deutsche Welthungerhilfe, April 2017, S. 1

<sup>148</sup> Ebd.

<sup>149</sup> Marion Aberle, Land ist das neue Öl, a.a.O., S. 2.

<sup>150</sup> International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development, Stephan Albrecht (Herausgeber), Weltagrarbericht - Bericht zu Afrika südlich der Sahara (SSA), 2012, S. 1, siehe:

[http://hup.sub.uni-hamburg.de/volltexte/2012/124/pdf/HamburgUP\\_IAASTD\\_SSA.pdf](http://hup.sub.uni-hamburg.de/volltexte/2012/124/pdf/HamburgUP_IAASTD_SSA.pdf)

<sup>151</sup> Ebd.

<sup>152</sup> A.a.O., S. 2.

<sup>153</sup> Ebd.

### Exkurs: Beispiele für Landgrabbing

FIAN zeigt als ein Beispiel die Vertreibungen im August 2001 auf, als „die ugandische Armee die Bewohner\_innen von vier Dörfern im Bezirk Mubende [vertrieb], nachdem die ugandische Investitionsbehörde (UIA) das Land der Firma Kaweri Coffee Plantation Ltd. für den Aufbau der ersten Kaffeeplantage in Uganda verpachtet hatte. Kaweri ist ein hundertprozentiges Tochterunternehmen der Hamburger Neumann Kaffee Gruppe. Die rund 4.000 Vertriebenen verloren ihren gesamten Besitz, einige starben an den Folgen der Vertreibung.“<sup>154</sup>

Ein weiteres Beispiel sind die „haarsträubenden Bedingungen, mit denen [...] der Palmölkonzern Feronia-PHC, der unter anderem von der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG) finanziert wird, [versucht], die Landnutzung für Plantagen in der Demokratischen Republik Kongo zu legitimieren“<sup>155</sup>. Von diesem Fall sind „über 100.000 Hektar an Land innerhalb sowie unmittelbar angrenzend an die PHC-Konzessionen“<sup>156</sup> betroffen. „Feronia-PHC, ein Tochterunternehmen des kanadischen Konzerns Feronia, will mit neuen Dokumenten die Zustimmung von Gemeindevertretern für die Nutzung von Land am Standort Lokutu nachweisen“<sup>157</sup>. Nach Informationen von FIAN und urgewald sind das „Landnutzungs-Dokumente, zu deren Zustimmung Gemeindevertreter gedrängt wurden“<sup>158</sup>.

Der nigerianische Staat „muss ungefähr 20 Prozent seines Getreidebedarfs importieren, das sind 250.000 bis 300.000 Tonnen pro Jahr“<sup>159</sup>. Trotzdem versucht ein Großinvestor „große Gebiete entlang des Tschad-Sees, die mit Ackerbau, Viehzucht und Fischerei eine wichtige Grundlage für die Ernährung der Bevölkerung bilden“<sup>160</sup>, zu pachten um damit „lukrative Märkte in Westafrika“<sup>161</sup> zu versorgen.

Die zunehmenden Investitionen in Land „werden angetrieben von der weltweit steigenden Nachfrage nach Nahrungs- und Futtermitteln, nachwachsenden Energieträgern, fossilen und mineralischen Rohstoffen sowie nach Wasser“<sup>162</sup>. Ein wichtiger Grund für diese Entwicklung ist die Industrialisierung der Agrarwirtschaft in den Staaten des globalen Nordens. Durch die industrialisierte Landwirtschaft der EU sind zwischenzeitlich mehr als 30 Millionen Hektar Land außerhalb der EU notwendig, um die industrialisierte Fleischproduktion in den Agrarfabriken der EU weiter am Laufen zu halten. Während riesige Mengen an Futtermitteln für die Schweine- und Rindermastbetriebe

<sup>154</sup> FIAN Deutschland, Coffee to Go - Landvertreibung zugunsten der Kaweri Coffee Plantation in Uganda,

Eine menschenrechtliche Analyse, in: FIAN Fact Sheet 2017/1, November 2017, S.1, siehe:

[www.fian.de/fileadmin/user\\_upload/dokumente/shop/Fallarbeits\\_FS\\_Coffee\\_To\\_Go\\_2017\\_1.pdf](http://www.fian.de/fileadmin/user_upload/dokumente/shop/Fallarbeits_FS_Coffee_To_Go_2017_1.pdf)

<sup>155</sup> FIAN Deutschland, Landrechtskonflikte drohen weiter zu eskalieren, in: FIAN Deutschland, 06.12.2017, siehe:

[www.fian.de/artikelansicht/2017-12-06-pressemitteilung-landrechtskonflikte-drohen-weiter-zu-eskalieren/](http://www.fian.de/artikelansicht/2017-12-06-pressemitteilung-landrechtskonflikte-drohen-weiter-zu-eskalieren/)

<sup>156</sup> Ebd.

<sup>157</sup> Ebd.

<sup>158</sup> Ebd.

<sup>159</sup> Marion Aberle, Land ist das neue Öl, a.a.O., S. 2.

<sup>160</sup> Ebd.

<sup>161</sup> Ebd.

<sup>162</sup> Aide Memoire, Landpolitik und Landkonflikte, a.a.O., S. 1.

in die Staaten der EU exportiert werden, die wertvolle Landflächen beanspruchen, müssen weltweit mehr als 900 Millionen Menschen hungern. Von den Hungernden leben über 80 Prozent in ländlichen Regionen, jeder zweite Hungernde ist oder war Kleinbauer.

In der Abschlusserklärung des EU-Afrika-Gipfels 2017 wurde festgelegt:

*„Wir verpflichten uns [...] mit gebührender Berücksichtigung der ökologischen und sozialen Dimensionen der Nachhaltigkeit [...] Agrobusiness und Agro-Wertschöpfungsketten aufzubauen. Wir werden zusammenarbeiten, um Marktchancen für die afrikanische Nahrungsmittelproduktion und nachhaltige soziale und ökologische Lebensgrundlagen zu nutzen, insbesondere durch die Entwicklung nachhaltiger und fairer Wertschöpfungsketten und durch die anwendbaren EU-Handelsregelungen.“<sup>163</sup>*

Mit der Festlegung in der Abschlusserklärung des EU-Afrika-Gipfels auf „Agrobusiness“ und „Agro-Wertschöpfungsketten“ werden aufgrund der bisherigen Politik vor allem die Öffnung der afrikanischen Landwirtschaft für internationale Investoren verstanden. Gleichzeitig soll der Marktzugang für die großen Agro-Konzerne, Saatgutlieferanten und Anbieter von Landmaschinen geöffnet werden. Ausdrücklich wird von Seiten der EU-Staaten darauf Wert gelegt, dass die „EU-Handelsregelungen“ angewandt werden müssen. Damit soll der Agrarbereich unter das Diktat von Freihandelsabkommen und Investitionsschutzklauseln für europäische Konzerne gezwungen werden.

Agrarland in den Ländern des globalen Südens ist zu einem hochprofitablen Spekulationsobjekt geworden. „Transnationale Energie- und Nahrungsmittelunternehmen investieren zunehmend im vorgelagerten Produktionsbereich mit dem Ziel der Rohstoffsicherung. Private Großinvestoren sichern sich Land insbesondere für die Produktion und den Export von Agrotreibstoffen. Staatliche und parastaatliche Investoren (z. B. arabische Staaten, China, Japan) versuchen durch die Sicherung von Agrarflächen im Ausland (,offshore farming’) den eigenen Nahrungsmittel- und Energiebedarf von den Weltmärkten abzukoppeln. Eine zentrale, durchaus treibende Rolle spielt schließlich der Finanzsektor (v. a. Banken und Fonds aus den USA und der EU) auf der Suche nach neuen und inflationssicheren Anlagen.“<sup>164</sup>

Zu diesem Themenkomplex hat der Kongress der Naturfreunde Internationale (NFI) 2011 beschlossen:

*„Zudem sind die afrikanischen Länder mit einer neokolonialen Landnahme konfrontiert. Staaten und Privatinvestoren kaufen vermehrt Land in Afrika um sich Boden- und Wasserressourcen für die Zukunft zu sichern (Land-Grabbing). In den letzten zwei Jahren wurden nach einer Studie der UNO allein in Afrika 20 Mio. Hektar verpachtet oder verkauft, was einen Wert von 22 Mrd. Euro entspricht. China geht es dabei um Ernährung, Saudi-Arabien um Wasserrechte, den USA und Westeuropa geht es um Pflanzen zur Energiegewinnung. Es*

<sup>163</sup> Abschlusserklärung EU-Afrika-Gipfel, Investing in Youth for Accelerated Inclusive Growth and Sustainable Development, a.a.O., S. 11f, (eigene Übersetzung).

<sup>164</sup> Ebd.

*ist daher nicht verwunderlich, dass es Hungerkatastrophen in manchen afrikanischen Ländern gibt, während gleichzeitig Nahrungsmittel für den Export angebaut werden.*<sup>165</sup>

Die NaturFreunde Deutschlands setzen sich gemeinsam mit ihren Partnerorganisationen aus Afrika für einen wirkungsvollen Schutz der bisherigen Landnutzer\_innen in den Ländern des globalen Südens ein. Gemeinsam fordern sie ein Verbot der großflächigen Landnahme durch international agierende Großinvestoren. Um den zunehmenden Landraub in den Staaten Afrikas zu verhindern, fordern die NaturFreunde die Durchsetzung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung und ein Ende der umweltzerstörenden Agrarindustrie in den Staaten des globalen Nordens. Als ersten Schritt dürfen solche Großinvestoren keine öffentlichen Kredite, Bürgschaften oder andere öffentliche Förderungen für den großflächigen Landkauf oder die langfristige Landpacht mehr erhalten.

---

<sup>165</sup> Naturfreunde Internationale, Naturfreunde fordern eine nachhaltige Klima- und Wirtschaftspolitik für Afrika, a.a.O., S. 1.

## 10. Was folgt aus dem EU-Afrika-Gipfel?

Die Ergebnisse des Gipfels sind mehr als ernüchternd. Die EU-Staaten haben in keiner Weise versucht, ihre gescheiterte Politik zu revidieren und den afrikanischen Staaten einen gerechten Zugang zu Ressourcen zu ermöglichen. Vielmehr haben sie mit ihrem Beharren auf geopolitische und wirtschaftspolitische Interessen eine nachhaltige Entwicklung in den Staaten Afrikas weiter erschwert. Die NaturFreunde werden sich weiterhin dafür einsetzen, dass die beschlossene Abschottung der EU beendet und Menschen auf der Flucht geholfen wird. Dies setzt eine radikale Abkehr von der bisherigen Politik der EU voraus.

Die NaturFreunde setzen sich für eine sozialökologische Transformation<sup>166</sup> ein, um dem Ziel einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung näher zu kommen. Dafür werden sie in den nächsten Jahren ihre internationale Zusammenarbeit weiter verstärken und mit ihren Partnerorganisationen aus Afrika für eine grundlegende Veränderung der Afrika-Politik Deutschlands und der EU streiten.

Auf dem Bundeskongress der NaturFreunde Deutschlands wurde dazu beschlossen:

*„Fortschritt darf nicht länger das Verständnis von Schneller, Höher, Weiter sein. Er muss nachhaltig werden und muss die Qualität über Quantität stellen. Deshalb setzen wir uns für eine sozialökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft ein. Die wichtigste Begründung heißt: Die Aufrechterhaltung, schon gar die Ausweitung des heutigen ressourcenintensiven Wirtschaftsmodells auf künftig zehn bis elf Milliarden Menschen ist nicht möglich. Das würde in die Selbstzerstörung der Menschheit führen.“<sup>167</sup>*

---

<sup>166</sup> Siehe: NaturFreunde Deutschlands, Ein neuer Gesellschaftsvertrag Manifest für eine soziale und ökologische Transformation, in: BESCHLÜSSE 30. Bundeskongress der NaturFreunde Deutschlands 31. März bis 2. April 2017 Nürnberg, S. 6.

<sup>167</sup> NaturFreunde Deutschlands, Verantwortung im Anthropozän - NaturFreunde fordern eine sozialökologische Transformation, in: BESCHLÜSSE 30. Bundeskongress der NaturFreunde Deutschlands 31. März bis 2. April 2017 Nürnberg, S. 9.

## 11. Was tun die NaturFreunde?

### 11.1 Das Afrika-Netzwerk der Naturfreunde Internationale

Seit mehr als 15 Jahren gibt es das Afrika-Netzwerk der Naturfreunde Internationale (NFI), in dem unsere Partnerorganisationen aus zwischenzeitlich 14 afrikanischen Ländern zusammengeschlossen sind. „Wichtige Elemente der Nord-Süd-Partnerschaft zwischen Naturfreunden sind die Unterstützung der Aufbauarbeit der afrikanischen Organisationen, die Förderung von Maßnahmen zur Qualifizierung und die Unterstützung bei der Durchführung eigener Umweltbildungs-, Klimaschutz- oder anderer Projekte. Die Erarbeitung von Projekten erfolgt dabei immer vor Ort.“<sup>168</sup>

Die Arbeit der Partnerorganisationen der NFI in Afrika ist vor allem auch auf die Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und eine nachhaltige Ausrichtung der Wirtschafts- und Tourismuspolitik in den Staaten Afrikas, vor allem aber auch in den Staaten des globalen Nordens ausgerichtet. „Die afrikanischen NaturFreunde engagieren sich für den Natur- und Umweltschutz, gegen die Wüstenbildung, für den Erhalt der Artenvielfalt, für Umweltbildung, Armutsbekämpfung sowie den sanften und sozial verträglichen Tourismus.“<sup>169</sup>

Partnerorganisationen der NaturFreunde in Afrika gibt es in Algerien, Benin, Burkina Faso, Gambia, Guinea, Kamerun, Demokratische Republik Kongo, Kongo, Madagaskar, Mali, Marokko, Niger, Senegal und in Togo.<sup>170</sup>

### 11.2 Afrika-Europa-Netzwerk der NaturFreunde Deutschlands

In Deutschland haben die NaturFreunde ein Afrika-Europa-Netzwerk aufgebaut, in dem sie gemeinsam Aktionen planen, Projekte besprechen und die Zusammenarbeit mit den afrikanischen Partnerorganisationen organisieren. Informationen zu den Aktivitäten des Afrika-Europa-Netzwerkes gibt es bei:

Petra Müller

Beauftragte Afrika-Europa-Netzwerk

p.mueller@naturfreunde.de

---

<sup>168</sup> Naturfreunde Internationale, Projekte der Naturfreunde in Afrika, ohne Datum, siehe: [www.nfi.at//index.php?option=com\\_content&task=view&id=543&Itemid=209](http://www.nfi.at//index.php?option=com_content&task=view&id=543&Itemid=209)

<sup>169</sup> Petra Müller, Die NaturFreunde - eine internationale, solidarische Bewegung, in: NaturFreunde Deutschlands, ohne Datum, siehe: [www.naturfreunde.de/die-naturfreunde-eine-internationale-solidarische-bewegung](http://www.naturfreunde.de/die-naturfreunde-eine-internationale-solidarische-bewegung)

<sup>170</sup> Naturfreunde Internationale, Mitglieder der NFI, ohne Datum, siehe: [www.nfi.at//index.php?option=com\\_content&task=view&id=556&Itemid=246](http://www.nfi.at//index.php?option=com_content&task=view&id=556&Itemid=246)

**Impressum**

Herausgeber: NaturFreunde Deutschlands e.V.  
Bundesvorstand  
Warschauer Str. 58a/59a, 10243 Berlin  
(030) 29 77 32 -60 · [info@naturfreunde.de](mailto:info@naturfreunde.de)

Autor: Uwe Hirsch  
Mitglied im Bundesvorstand  
(0176) 62 01 59 02 · [hirsch@naturfreunde.de](mailto:hirsch@naturfreunde.de)

Februar 2018